





# Die Junter schwingen die Hungerpeitsche

Die grundsätzliche Einigung des Hindenburg-Blods auf dem Boden des vom Reichslandbund entworfenen Hungerprogramms, das der Minister Schiele vorlegte, wurde am Dienstag erzielt. Heute, spätestens morgen, werden die Vorlagen dem Reichsrat und Reichstag zugehen. Vor Ostern muß das Hungergesetz unter Dach sein.

Was es für die arbeitenden Massen bedeutet, zeigt die stürmische Aufwärtsbewegung der Preise an den Getreidemarkten. Weizen stieg im Laufe der letzten acht Tage sprunghaft von durchschnittlich 230 auf über 280 Mark die Tonne, Roggen stieg von 145 auf 190 Mark. Inzwischen hat sich die Weize etwas erniedert, aber die Preise halten sich auf 107 für Weizen, 186 für Roggen. Sie werden erneut sprunghaft ansteigen, sobald zu den beginnenden Auswirkungen der Märzgölle Hermann Müllers auch die Wirkungen des Schiele-Programms hinzutreten.

Schiele ist „Ernährungsminister“ des Hindenburg-Blods, Landbundpräsident und Sprecher der „Grünen Front“, die auch die Zentrum- und Großbauern umschließt. Der Kern seines Programms ist das Ermäßigungsgeleit, das ihm nach dem erhaltenen Vorbild des Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelts erlaubt, die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte entsprechend der wirtschaftlichen Lage herabzusetzen. Wie der Landbundpräsident die wirtschaftliche Lage beurteilt, zeigen die in den letzten Wochen von ihm und seinen Freunden im Reichstag gestellten Anträge.

Die „Grüne Front“ fordert folgende Zollerhöhungen:

Schweinefleisch	von 14,— auf 38,— M. je Doppelzentner
Schmalz	von 6,— auf 12,— M. je Doppelzentner
Eier	von 6,— (Vertragszoll 5,—) auf 30 M.
Käse	von 30,— auf 40,— M. je Doppelzentner
Arbeitspferde	von 30,— auf 150,— M. je Stück
Futterrüben, frisch	von — auf 1,— M. je Doppelzentner
getrocknete Rüben	von 1,— auf 3,— M. je Doppelzentner
Saugholz	von —50 auf 1,— M. je Doppelzentner
Tabakblätter	von 36,— auf 130 M. je Doppelzentner
Weizen- u. Roggenstärke	von 36,— auf 43,50 M. je Doppelzentner

Aber diese Anträge sind nur ein kleiner Anfang. Ein Antrag, unterschrieben sowohl von Schiele, Oberstern wie von Treutmann und Zehr, verlangt von der Regierung, „beschleunigt mit den Staaten, denen gegenüber die Zollsätze für Kartoffeln, Erzeugnisse des Obst- und Gartenbaues, Süßfrüchte, Molkereiprodukte, Eier, Margarine, Wein, Most und Hopfen in Handelsverträgen gebunden sind, rechtzeitig in Verhandlungen mit dem Ziele der Lösung dieser für die bäuerliche Bevölkerung untragbaren Bindungen einzutreten und die in Frage kommenden Verträge nötigenfalls zu kündigen.“

Doch selbst das ist nur ein Teil des Schiele-Programms! Sogar tritt die rollkommene Dröselung der Einfuhr von Leber und sogenannten Innereien, aus denen fast ausschließlich jene billige Leberwurst hergestellt wird, die ein Hauptnahrungsmittel der schlechtbezahlten Arbeitermassen ist. Dies geschieht durch rigorose Verschärfung des Fleischbeschaugesetzes, nicht weil Seuchengefahr herrscht, sondern weil die Seuchenzölle schon von jeher eine scharfe Waffe der agrarischen Zollwucherer ist, um bestehende Verträge zu umgehen und die Preise hochzuschrauben.

Zuletzt, und nicht als Kleinigkeit, soll das zollfreie Kontingent von Getreidefleisch, das zuletzt noch 50 000 Tonnen betrug, jetzt endgültig beseitigt werden. Kein billiges Getreidefleisch mehr für die Erwerbslosen und Sozialrentner, dafür aber gekürzte Unterstützungen, erhöhte Preise und Tarife! Und dazu noch die Verschlechterung des Brotes durch Verbot von reinem weissen Weizenbrot.

Handelskrieg also nach allen Fronten, Exportmaßnahmen an allen Grenzen, garantierte Zuckerpreise von 200 Mark für die Tonne Weizen, von 230 Mark für die Tonne Roggen, von 75 Mark für Schweine pro Zentner Lebendgewicht — freie Fahrt für kommende Reformen, sobald einmal eine geringere Ernte an Stelle des Ueberflusses auf dem Weltmarkt Knappheit eintreten läßt.

## Der Aufmarsch der Arbeiterjugend

Die Bezirkskongresse der revolutionären Opposition haben getagt. 709 Jugend-Delegierte, gewählt von den revolutionären Jungarbeitern in Betrieben, Berufsschulen, Gewerkschaften und Stempelstellen, nahmen an den Kampfzügen teil. Hunderte von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen haben stattgefunden.

In den Jugendsektionen wird ein harter Kampf gegen die veräuferte Politik der Gewerkschaftsbürokratie geführt. Die Schamlosigkeit und Brutalität der sozialfaschistischen Bürokratie kennt keine Grenzen. In Bremen werden Ueberfallkommandos gegen die Jugendanhänger der Gewerkschaftsopposition von der Bürokratie eingesetzt. Jugendfunktionäre, die auch nur im Verdacht stehen oppositionell zu sein, werden, wenn sie mit Mehrheit von den Jungarbeitern gewählt sind, trotzdem nicht anerkannt; so beispielsweise in Berlin führte der Jugendsektionsleiter des DMB, Hellwig, aus:

„Auf Grund der Tatsache, daß die Opposition in den Jugendsektionen ihre Aktivität steigert, dürfen die so gewählten Jugendleitungen nicht anerkannt, sondern von uns (sozialfaschistische Bürokratie) eingezogen werden.“

Die Spitzen und oberen Gewerkschaftsfunktionäre der SAJ führen diesen Kurs in den Jugendsektionen durch, während in der Mitgliedschaft und bei den unteren Funktionären bereits eine wachsende Rebellion gegen den sozialfaschistischen Kurs einsetzt. Davon zeugen die Uebertritte oppositioneller SAJler in Berlin, Sachsen und an der Rasselant.

Die jugendfeindliche Politik der SAJ in den Gewerkschaftsjugendsektionen hat dazu geführt, daß die Mitglieder, zum großen Teil passiv, keine Kampfbereitschaft leisten. 265 000 Junggewerkschafter haben wir im DGB organisiert, davon nehmen am Betriebsleben höchstens 5 Prozent teil. Dies kennzeichnet zur Genüge die Lage der Jugendsektionen und charakterisiert die Tätigkeit der sozialfaschistischen Bürokratie.

Der 5. Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Ostern in Leipzig ist der Aufmarsch der deutschen Arbeiterjugend im Kampf gegen Sozialfaschismus und Faschismus, dort wird der Kampfwillie und die Einheitsfront unter revolutionärer Führung des KPD, zum Ausdruck kommen, indem tausende Jugendanhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition aus den Jugendsektionen und Betrieben aufmarschieren

Uebrigens sind jene Mindestpreise Schieles für Roggen, Weizen und Schweine nicht seine Erfindungen. Sie stammen aus dem Hungergesetz vom 22. Dezember 1929, von Hermann Müller, Wiffell, Seering, Robert Schmidt; es sind die Preise, die Hifferding in seiner Rede vom 19. Dezember für angemessen erachtet. Die Sozialdemokratie hat diesen Hungerkurs eingeleitet.

Kudolf Beitzsch und seine Fraktion haben die Märzgölle mit der „Katastrophen-Klausel“ als Antrag im Reichstag eingebracht. Wahrscheinlich, sie haben dem Landbundminister die Arbeit leicht gemacht, sie haben ihm mit den Begründungen ihrer Zollerhöhungen das Stichwort für die Begründung seiner Wintermaßnahmen in den Mund gelegt!

Das große Finanzkapital aber, das im Kabinett durch Moldenhauer, Curtius, Brüning vertreten ist, genehmigt den Großagrariern lächelnd ihre Wintergölle, hat es doch selber einen Sad voll neuer Industrie-Zollerhöhungen in Bereitschaft. Schon hat der Reichswirtschaftsrat die teilweise 100-, 300-, ja 1000prozentige Erhöhung der Zölle auf sämtliche Textilwaren einschließlich Kunststoffe, auf Motoren, Maschinen, Automobile, Eisen- und Stahlwerkzeuge, -geräte und -möbel, auf Waren aus Holz, Leder, Glas und Stein nebst vielen anderen „begutachtet“. Und den Arbeitlosen werden diese Zollerhöhungen als notwendige Vorbedingung für die volle Ausnutzung der Produktionskapazität in den Betrieben schmachtend gemacht.

Der kleine Bauer aber draußen auf dem Dorfe schaut erwartungsvoll auf die Schiele, Treutmann und Brüning. „Ge-

sch zum Schutze der Landwirtschaft“ nennt die „Deutsche Tageszeitung“ das Hungerprogramm. Die kleinen Bauern ahnen nicht, daß hinter diesen Preisoberhöhmungsmaßnahmen für ihre Produkte hinter dem stärkeren Preisoberhöhmungen für die Produkte der sie ausdauernden verbündeten Großagrariern und Großindustriellen stehen. Futtermittel, Baustoffe, Werkzeuge, Geräte, Maschinen, Kohle und Kunststoffe, Kleider und Schuhwerk, — alles was der Bauer kauft, wird durch den Zollwucher des verbündeten Finanz- und Agrarkapitals maßlos verteuert. Durch die Ausbesserung der Arbeitermassen wird sein Markt verkleinert, während gleichzeitig der zollgeschützte Junker mit seiner einheimischen, fabrikmäßig hergestellten Massenware die Erzeugnisse des kleinen Bauern unbarmerzig niedriger konkurrenziert.

So wird das Hungerprogramm der Brüning, Moldenhauer und Schiele — in gerader Fortsetzung der Hungerpolitik der Müller, Wiffell, Seering und Robert Schmidt — sowohl die Arbeitermassen in der Industrie, wie die Kleinbauern auf dem Lande in Not und Elend jagen. Über damit werden auch die Vorkaufungen geschaffen für das Bündnis der Arbeiter und Arbeiterbauern, für den gemeinsamen Kampf der Opfer des faschistischen Hungerprogramms unter Führung der KPD, gegen den Hindenburg-Blod und seine Wegbereiterin, die sozialfaschistische Partei des Young-Plans und des unentwegten Arbeiterverrats.

# Massenstreik am 1. Mai

## Beschluß der roten Betriebsrätekonferenz des Niederrheins

In Düsseldorf tagte am vergangenen Sonntag eine Konferenz der roten Betriebsräte und Vertrauensleute. Sie war einberufen vom Bezirkskomitee Niederrhein der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). 102 Betriebsräte und 33 Vertrauensleute aus 78 Betrieben vertraten 41 434 Arbeiter.

Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß in den Betrieben des Bezirks Niederrhein, wo die RGO rote Listen aufgestellt hat, bedeutende Fortschritte gemacht wurden. In 89 Betrieben mit eigenen Listen erhielten die roten Listen 435 Mandate, denen 91 reformistische und 44 christliche Mandate gegenüberstehen.

Die Konferenz beschloß ein Kampfsprogramm gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, für Lohnerhöhung und Siebenstundentag, gegen Young-Plan und seine außen- und innenpolitischen Folgen, insbesondere Rand der Sozialversicherung usw.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand als unmittelbare Auf-

gabe die Mobilisierung der Belegschaften für die am 1. Mai durchzuführende Kampfdemonstration aller Arbeiter. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft Rheinlands und Westfalens forderte die Konferenz auf, am 1. Mai, dem Weltkampftag der Arbeiterklasse, den politischen Massenstreik gegen die Unternehmerrückendeckelung, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, gegen Massenentlassungen durchzuführen. Eine Klammung proklamierten die Delegierten von über 40 000 Arbeitern, daß am 1. Mai in allen Betrieben die Arbeiterräte durchzuführen sind. Ueberall sollen sofort die Vorbereitungen durch die SAJ von Komitees getroffen werden. Unter revolutionärem Solingen, im schärfsten Kampf gegen den Klassenfeind, aber in Einheitsfront mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten wird die Arbeiterschaft am 1. Mai demonstrieren.

Die Gewerkschaftsopposition des Niederrheins gab durch diese Konferenz einen erfolgversprechenden und nachsichernden wertigen Auftakt zur Massenmobilisierung des Proletariats am 1. Mai.

# Rote Siege in Sachsen

In Sachsen wurde bisher das Resultat von 130 Betrieben, in denen rote Listen aufgestellt wurden, bekanntgegeben. Die Zahl der Stimmen und Siege verteilten sich folgendermaßen:

Rote Listen	32 161 Stimmen	549 Siege
Reformlisten	29 025 Stimmen	382 Siege
Werkvereine	1 064 Stimmen	11 Siege
Christen	1 330 Stimmen	5 Siege
Hirsch-Dundersche	18 Stimmen	0 Siege

Aus fünf Betrieben, in denen ebenfalls rote Listen zur Wahl standen, liegt nur die Zahl der auf die einzelnen Listen entfallenden Siege vor. Diese verteilten sich:

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition	16 Siege
Reformlisten	22 Siege
Gelbe	1 Sieg

Dieses Resultat aus 130 Betrieben Sachsens, in welchen die revolutionären Arbeiter einen besonders scharfen Kampf gegen den „linken“ Sozialfaschismus zu führen haben, zeigt, daß bei konsequenter Durchführung der Politik der Gewerkschaftsopposition die Erfolge nicht ausbleiben.

## Jörgiebels Heftkampagne zusammengebrochen

Fünf Verhaftete, ein pazifistisches Antikriegsmuseum, ein paar Flugblätter als Trophäen

24 Stunden lang konnte die bürgerlich-sozialdemokratische Presseleute gegen die kommunistische Partei und die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Jörgiebel-Aktion gegen die sogenannten „Scheindrucker“ gehen. Die Enthüllungen der „Rotes Jahrbuch“ über die Hintergründe und Ziele dieser Kampagne hat wie eine Bombe eingeschlagen.

Die ganze Verlogenheit der Hege gegen die Sowjetunion wird am besten durch ein Zitat aus dem fälschlich nicht sowjetfreundlichen „Volksanzeiger“ von gestern Abend gekennzeichnet, in dem es heißt: „Bis jetzt hat die politische Polizei noch keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden, das Vorgesert irgendein Funktionär der Sowjetdelegation ist (!).“

## Arbeiter, denkt daran!

Am 5. Mai 1929 schrieb die demokratische „Frankfurter Zeitung“:

„Die Polizei heimlich sich, als habe sie geschlossenes feindliches Gebiet, einen kompakten Feind vor sich. Wenn die Polizei von den Dächern in die Fenster der Hinterhöfe schießt, sobald sich nur ein Licht zeigt, und abprallende Kugeln in andere Fenster hineingehen, die dunkel sind, so müssen die behauerten Werten Einwohner allerdings in panische Furcht geraten, die denn auch vorhanden ist. Die Leute, die in den abgeperrten Bezirken wohnen, verurteilen ohne Unterschied der Partei das Verfahren der Polizei aufs Schärfste.“

Arbeiter, denkt stets daran, daß es der Sozialdemokrat Jörgiebel war, der in den Maiagen 1929 den mörderischen Terrorfeldzug gegen die Berliner Arbeiterschaft führte.

Demonstriert am 1. Mai 1930 nicht unter Führung der Sozialfaschisten, sondern in roter Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei!

Nach der Mitteilung des Polizeipräsidenten besteht der einzige „Erfolg“ dieser großaufgemachten Aktion in der Verhaftung Ernst Friedrichs, des Buchdruckerbesizers Benz und dessen Sohn, sowie der Genossen Worgber, Erhard und Hollmann. Den sechsten Verhafteten mußte die Polizei bereits wieder freilassen, bei den drei noch verhafteten Genossen wird vorläufigerweise im Polizeibericht verschwiegen, wessen sie beschuldigt werden. Wir gratulieren der SA.

Das ganze Ergebnis dieser Jörgiebel-Aktion steht im krassen Widerspruch zu den großmäuligen Erklärungen der Polizeipresse, daß das „Zentrum des Zerlegungsapparates“, wie sie es zu nennen beliebten, zerstört worden sei.

Die Arbeiterschaft weiß ebenso gut wie die Bourgeoisie und deren Polizeipräsident, daß die Aufklärungsarbeit unter den Truppen und den Schutzpolizisten keine geheime Arbeit von Verschwoerern ist. Sollte es den Herren von der SA nicht bekannt sein, daß Soldaten, Matrosen und Schutzpolizisten auf tausenderlei Weise, bei tausenden Gelegenheiten mit Arbeitern in Berührung kommen, daß sie selbst zum überwiegenden Teil Proletarier sind und trotz allen Drills immer wieder an ihre Abstammung erinnert werden. Erinnert werden besonders durch ihre schneidigen Offiziere, durch scharfmaschige Erlasse, durch niedrige Löhne, Schikanierung und schmerzlichen Dienstscheitern! Das ist Zerlegungsarbeit, Herr Jörgiebel!

## Von allen Seiten

erhalten die Faschisten Geld für ihre Kapitaldienste



Die Arbeiter aber geben für ihre Partei für den Kampf und

„Nun erst recht“



# Indien in revolutionärer Gärung

## Streikende verhindern den Eisenbahnverkehr — Ueber 100 Verletzte bei einem Zusammenstoß in Nasik

Bombay, 10. April. Die Massenbewegung in Indien entfaltet sich mehr und mehr. Die Aktivität der unter revolutionärer Führung streikenden nimmt von Tag zu Tag zu. Gestern haben kämpfende Eisenbahner einen Postzug, der mit Streikbrecherpersonal von Bombay nach Kalkutta unterwegs war, bei Nagar aufgehalten. 25 Streikende stellten sich vor die Lokomotive und verhinderten die Weiterfahrt. Es wurden aus Bombay starke Polizeieinheiten herangezogen, denen es gelang, einige der streikenden Eisenbahnarbeiter zu verhaften.

In Nasik kam es anlässlich eines Demonstrationszuges der Partis zu blutigen Zusammenstößen, in deren Verlauf über 100 Personen verletzt wurden.

Die Lächerlichkeit des Gandhischen Feldzuges der zivilen Gehorsamsverweigerung wird angesichts der immer mehr an Ausdehnung gewinnenden Massenkämpfe in den indischen Städten von vielen früheren Anhängern erkannt. Um sein Gefolge nicht zu verlieren, nehmen Gandhis Reden einen immer schärferen Ton an. Die Freiwilligen, die die Versuche der ungeschicklichen Selbstaufopferung fortsetzen, setzen den Versuchen der Beschlagnahme des Salzes bereits aktiven Widerstand entgegen. Die Polizei

hat wieder mehrere Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich der zweite Sohn Gandhis und Gopalbandu Chaudhury, einer der bekanntesten Führer des Kongresses.

## Brandherd Indochina

### Französische Soldaten und Matrosen meutern

Paris, 10. April. Wie unser französisches Völkerblatt, die „Humanité“, aus Indochina meldet, haben über 200 französische Soldaten des 11. Kolonialregiments in Saigon als Protest gegen die schlechte Ernährung und schlechte Bezahlung einen Demonstrationszug durch die Stadt veranstaltet.

Bihar, 10. April. Mehrere Matrosen des hier eingetroffenen französischen Dampfers „Guethary“ haben gemeutert. Der Kapitän nahm die Hilfe der Polizei in Anspruch. Drei Matrosen wurden verhaftet und dem französischen Konful übergeben. Sie werden nach Frankreich gebracht und den Marinebehörden ausgeliefert werden.

# Blutige Schlacht in einem Fabrikhof

## Belegschaft setzt sich gegen Massenentlassungen zur Wehr — Polizei mit Steinhagel empfangen — Vier Arbeiter niedergeschossen

Warschau, 10. April. In Warschau in Südpolen veranstalteten die 1300 Arbeiter einer Eisengießerei eine Demonstration vor dem Fabrikhof, um die Zurücknahme der Kündigung von 300 Arbeitern zu verlangen. Als der Direktor die Belegschaft beschimpfte und das Polizeikommando alarmierte, bedrohten die Arbeiter den Direktor. Die Polizeitruppen wurden mit einem Steinhagel empfangen. Als die Arbeiter der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leisteten, schob die Polizei in die Menge. Ein Arbeiter wurde tödlich, drei weitere leicht verletzt.

Aus Protest gegen die Schieberellen der Polizei bildeten sich im ganzen Ort spontane Massendemonstrationen. Aus Rieche wurden härtere Polizeieinheiten zur Unterdrückung der Kundgebungen angefordert.

## 15 Jahre Gefängnis für Flugblattverbreitung

Newport, 9. April. In Ohio wurden zwei Arbeiterinnen zu zehn bzw. fünf Jahren Gefängnis unter Heranziehung des Gesetzes gegen den „kriminellen Syndikalismus“ verurteilt. Der „kriminelle Syndikalismus“ in diesem Falle bestand darin, daß die Genossinnen kommunistische Flugblätter verbreitet haben.

## Jungpionier zu sechs Jahren Arbeitshaus verurteilt

Newport, 10. April. Der bei der Demonstration am 2. März verhaftete Jungpionier Harry Eisman, 15 Jahre alt, wurde vom Jugendgericht zu sechs Jahren Arbeitshaus verurteilt.

Harry Eisman ist erst vor kurzem aus der Besserungsanstalt entlassen worden, wo er sechs Monate wegen seiner Aktivität in der Pionierbewegung verbracht hatte. Nach seiner Verhaftung

sollte er deportiert werden. Die Behörden konnten sich aber nicht einigen, ob nach Sowjetrußland oder nach seinem Geburtsland Rumänien, was gleichbedeutend mit einem Todesurteil für den fünfzehnjährigen Knaben gewesen wäre. Sie fanden den „Ausweg“, indem sie ihn für sechs Jahre in die Besserungsanstalt stecken wollten. Die kommunistische Jugendbewegung in Amerika rief zum energischen Protest gegen diesen Willkürakt auf.

## Produktionssteigerungen in der sowjetrußischen Schwerindustrie

Nach Meldungen der „Industrialisazija“ vom 4. April hat die Sowjetrußische Industrie ihr Monatsprogramm für März sehr gut durchgeführt. Der Trust Jugostal hat sein Programm für Eisen im Februar und März mit je 102 Prozent des Planes erfüllt, Uralmetall hat im März 81 987 Tonnen gefördert und damit 101 Prozent des Planes erfüllt. Ebenfalls ist die Kupferproduktion gestiegen. Sie betrug im März 71 996 Tonnen gleich 105,6 Prozent des Planes. Weiter ist der Konstruktionsbau des Werkes „Petrowitsch“ in Dnepropetrowsk im März mit 112 Prozent erfüllt worden. Die endgültigen Ziffern stehen noch aus, doch ist nach Ansicht der „Industrialisazija“ mit einer bedeutenden Steigerung, besonders gegenüber dem Februarmonat zu rechnen.

## In revolutionärem Aufschwung

Von Manulski

Diese Broschüre stimmt zu allen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Erscheinungen der letzten Zeit Stellung sowie zu der Arbeit der Parteien und den bisher erzielten Erfolgen. Jeder Funktionär muß diese Schrift haben. Umlauf 120 Seiten. Preis 40 Pfennig.

# Das Moskauer Parteikomitee für die bolschewistische Linie

## Gegen die linken Entstellungen

Moskau, 6. April. Das Büro des Moskauer Parteikomitees hat die Direktion des ZK der KPUSL und den Artikel des Genossen Stalin „Antwort an die Genossen Kollektivwirtschaftler“ geprüft und festgestellt, daß es mit den in diesen Dokumenten enthaltenen Hinweisen des ZK, insbesondere hinsichtlich der Fehler des Moskauer Gebietskomitees.

Das Büro des Moskauer Parteikomitees konstatiert, wie das auch das Plenum des Moskauer Komitees und in den Berichten und Reden der Genossen Baumann, Leonow und einer Reihe anderer Mitglieder des Büros des Moskauer Parteikomitees festgestellt wurde, daß es in seiner Leitung der Kollektivierung einen großen Fehler beging, indem es sich durch die quantitativen Exponenten der Kollektivierungsbewegung hinreißen ließ, und die Richtung auf durchgehende Kollektivierung des Gebiets für den Frühling dieses Jahres einschlug — gegen die Beschlüsse des ZK vom 6. Januar über die unterschiedlichen Tempi der Kollektivierung für verschiedene Gebiete, wonach die durchgehende Kollektivierung des Moskauer Gebietes nicht vor 1932 in Aussicht genommen war.

Im Zusammenhang mit diesem Fehler hat das Moskauer Komitee in seiner Leitung der Parteiorganisation keine wirksamen Maßnahmen zum Kampf gegen das Streben der örtlichen Organisationen nach quantitativen Kollektivierungsexponenten getroffen, was in der Praxis in einer erheblichen Zahl von Fällen zu einer unrichtigen Durchführung und Entstellung der vollkommen richtigen Politik der Partei führte.

Die Rayonkomitees der Stadt Moskau und die Bezirkskomitees wendeten angewiesen, in der Aufklärungskampagne über die Ergebnisse des Plenums des Moskauer Komitees diesem Beschluß Rechnung zu tragen, breit angelegte und richtige Erläuterungen zu den Direktiven des ZK und zum Artikel des Genossen Stalin zu geben, um einen noch engeren Zusammenhalt der Reihen der Organisation, um die vom ZK richtig durchgeführte Leninische Politik der Partei zu sichern.

Zugleich müssen der Beschluß des ZK über die Begünstigungen für Kollektivierungsmittglieder, der Artikel des Genossen Stalin und die Beschlüsse des jüngsten Plenums des Moskauer Komitees der gesamten Organisation und den Arbeitern und Bauern erklärt werden.

## Renegaten als Polizeispiegel

Prag, 8. April. In Reichenberg wurden der Kreisleiter der kommunistischen Partei, Genosse Bruno Köhler, und der Redakteur Genosse Franz Wenzel unter dem Vorwand verhaftet, illegale Arbeit geleistet zu haben. Diese Verhaftung ist auf die Denunziation in dem von den Liquidatoren der Partei geraubten „Kontak“ zurückzuführen, wo behauptet wurde, Genosse Köhler habe mit einem „Einbruch in der Administration des „Vorwärts“ zu tun gehabt“. Die Reichenberger Liquidatoren sehen so ihr mit der Polizei begonnenes Werk würdig fort.

Hongkong, 8. April. Auf dem englischen Zerstörer „Spoy“ wurden bei Geschülldungen durch eine Frühzündung fünf Mann der Besatzung getötet und drei schwer verletzt. Das Schiff selbst erlitt leichtere Beschädigungen.

Präsidentenwahl in Lettland. Nach siebenmaligem ergebnislosem Wahlgang wurde der bisherige Vizepräsident des lettischen Parlaments, Kweesis, zum Staatspräsidenten gewählt.

Ungarns Ministerpräsident reist nach Rom. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist in Begleitung des Pressesprechers des Außenministeriums, eines Sektionschefs und seines Privatsekretärs nach Rom abgereist.

Französischer Genosse verurteilt. Das Gericht von Chartres verurteilte den Kommunisten Bailly, der im letzten Juli antimilitärische Flugblätter verteilt hatte, zu 500 Franken Geldstrafe.



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Vestla.

30. Fortsetzung

Wir erreichen eine Kellertür, die nur angelehnt ist. Zwei junge Mädchen starren uns entsetzt an. Dann tauchen ein alter Mann und eine Frau auf; offenbar ihre Eltern, sie sahen im Dunkeln in der Ecke. Wir gehen ihnen zu verstehen, daß ihnen nichts passiert und bitten um Wasser und etwas zu essen.

Die Nacht bricht an. Der Lärm läßt nach. Die Unseren scheinen das Schloß auf der Höhe schon bestetzt zu haben. Die Russen schießen nicht mehr. — Wir fragen auch nicht mehr danach, fallen beinahe um vor Müdigkeit.

Man führt uns die Treppe empor in eine „gute“ Stube. An der Wand hängen Bilder der jüdischen Zionisten, unter ihnen das Bild von Oskar Kohn. Daneben das Bild von Karl Marx. Wir zeigen auf die Bilder, wollen fragen, ob wir bei Genossen sind. Sie scheinen nicht ganz zu verstehen. „Ein großer Mann!“ sagt die alte Mutter und deutet auf das Bild von Karl Marx. Wir bestätigen lebhaft, und sie verstehen, wer wir sind.

Der Eierkuchen und der Tee halten uns noch mühsam wach. Als wir gegessen haben, übermannt uns der Schlaf. Die alte Mutter deckt die Betten ab. Wir wehren ab. Sie ist fast beleidigt, bis wir sie überzeugen, daß wir voller Läuse sind. Dann willigt sie ein, daß wir uns auf dem Teppich ausstrecken. Sie bringt uns trotzdem Kissen und Decken. Der Alte und seine Tochter kommen noch und wünschen uns gute Nacht. Die Mutter deckt uns zu.

Wir fragen nicht mehr, wo die Kompanie ist. Wir sind „abgekommen“.

Witten im tiefsten Schlaf reißt mich August hoch. „Kommi!“ sagt er. „Wir müssen sehen, was los ist.“

Unsere Gastgeber stehen mit verzweifelten Gesichtern vor uns. Die Russen haben noch einmal versucht, ihre Brandgranaten anzubringen. Die Stadt brennt lichterloh.

Wir finden die Kompanie in der alten Russenlaserne. Aber noch viele fehlen. Die Zugführer werden nervös. Der Hauptmann ist bleich vor Zorn. „Räuberbande!“ sagt er.

Einer nach dem anderen von der „Räuberbande“ kommt an.

Sie muß „räubern“. Der Räuberhauptmann und seine Offiziere „requirieren“ selbstverständlich die besten Broden. Außerdem steht ihnen der ganze Vorrat der Küche zur Verfügung, dazu dem Hauptmann achthundert Mark monatlich. Den Leutnants „nur“ sechshundert Mark.

Unsere Verpflegung ist schwarzer Kaffee. Kein Brot kommt, noch nicht einmal Salz ist da. Wir fressen Kartoffelbrei ohne Salz und Fett. Wer nicht zuseht, wo es bleibt, verhungert.

Der Hauptmann weiß das. Er weiß auch, daß er im Grunde genommen ziemlich ohnmächtig ist. Der Befehl an die Zugführer, unerzittlich „durchzugreifen“, schafft kein Brot, und der Mensch lebt nicht von Brot allein.

Das brennende Rathaus erhellt die Nacht. Die zurückgebliebene Zivilbevölkerung schaut erschrocken hinter den Häusern hervor. Ein Medereiter von der den Frontabteilungen zugeordneten Patrouille schwarzer Husaren sprengt heran und bringt eine Meldung: Die Russen sind auf der ganzen Linie auf der Flucht.

„Begreten!“

Vor dem „Warenhaus“ ist eine Wache postiert; es ist vom Brand verschont geblieben. Polnische Bauern und Handwerker mit ihren Kindern stehen weinend vor ihren Häusern, die jetzt ein haufen rauchender Trümmer sind. Hunde heulen auf, wildgewordene Pferde, die sich in Todesangst losgerissen haben, jagen durch die Nacht. Es stinkt nach verbranntem Fleisch von Vieh und Menschen.

Die Offiziere begeben sich in ihre Quartiere, oben in das Schloß der Gutsherren. Wir marschieren mit hungrigem Magen und ermüdeten Knochen an dem „Warenhaus“ vorbei.

Ein gemeinsamer Gedanke beherrscht alle: dort drinnen ist vielleicht etwas zu essen!

Das Warenhaus steht und lockt. Einer geht wie in Gedanken zurück, ein anderer folgt, ein dritter steht nach, ein vierter spricht davon. Wie die Wölfe ziehen sie sich zusammen, die Wache sieht sie kommen. Der eine Posten grinst und geht rechts um die Ecke, der andere läßt sich „überumpeln“.

Fächer werden aufgerissen, Schränke umgestülpt, Behälter entbrochen.

„Sie sind drin!“ Wie ein Lauffeuer springt es durch die Zurückgebliebenen. Das Warenhaus ist voll von plündernden Feldgrauen.

„Los, Hans!“ meint Wendt und greift sich einen Sandhaak.

Der ganze Fußboden ist mit Waren bedeckt: Spielwaren, Kleidungsstücke, Papier, Gläser, Hausaltungsgegenstände. Wir steigen darüber hinweg, nach den Schubfächern in den Regalen. Ich suche krampfhaft nach etwas Brauchbarem, habe aber keine Leiter und kann vom Ladentisch aus nur eine Regalreihe mühsam erreichen; die unteren sind schon alle leer. In einem finde ich Gummilutscher für Säuglinge. Dann kommt mir eine Flasche in die Hände, die aber fest verlockt ist. Ich schlage den Hals an die Kante der Schublade. Sie zerbricht so unglücklich, daß ich mir den ganzen Inhalt über die Hofe schütte. Dem Geruch nach zu urteilen, ist es Maggi oder Tomatensoße.

„Kaus!“

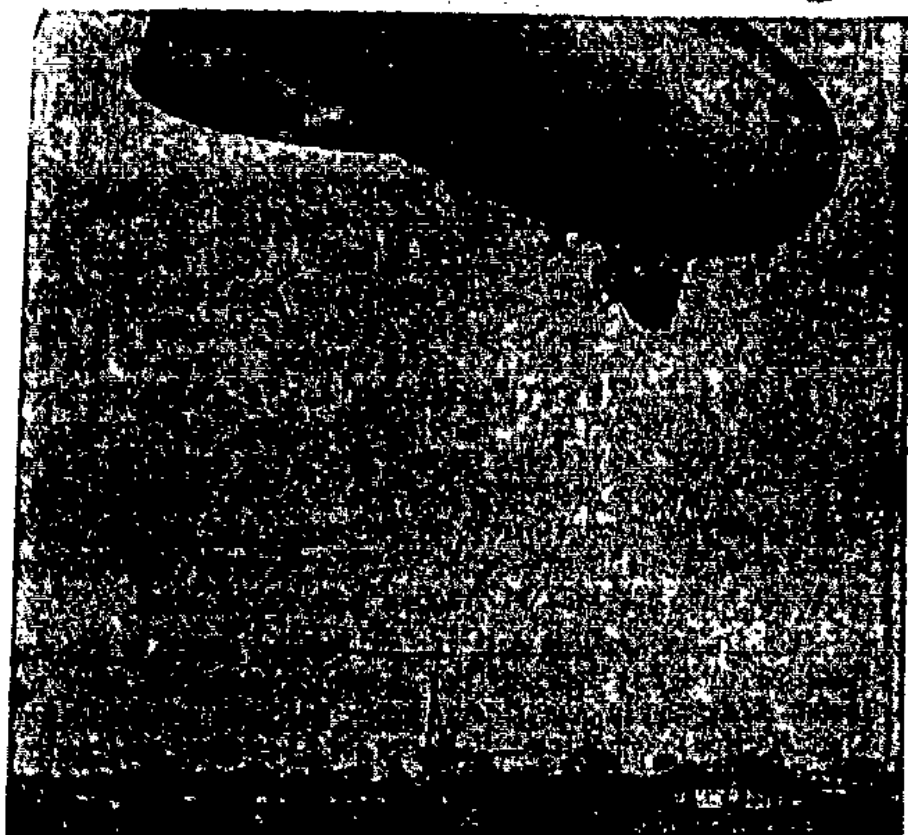
Ein Wachkommando kommt mit aufgefanztem Bajonett. Sie kommen durch den Vordereingang, und die Plünderer gehen nach hinten durch und verschwinden.

Wir treten mittags an und marschieren weiter. Wir hätten unsere Gastgeber, die wir in der Nacht verließen, gern die Hand gedrückt; hätten aber das Haus nicht wiederfinden können. Als wir hinausmarschieren, steht hinter denen, die mit verschleierten und verbitterten Gesichtern den „Feinden“ nachschauen, die alte Mutter, die uns zudeckt. Sie läßt nicht und winkt nicht, so wie wir. Wir sehen nur die Qual in ihrem Gesicht. Ich habe August an, er sieht mich an und folgt meinem Blick. Unsere Augen begegnen sich zum Abschied. Wir liegen am Abend in einem verlassenem Dorf und schlafen den bleischweren Schlaf der Infanterie auf dem Marsch.



# Rund um den Erdball

## Lastenaustausch im Fluge



Nachdem dies bereits mit gutem Erfolg gelungen war, zwischen einem fliegenden Flugzeug und dem Erdboden Lasten auszutauschen, sind diese Versuche nunmehr auch mit Kleinflugzeugen durchgeführt worden. Die Vorrichtung besteht in der Hauptsache aus einem an einem langen Kabel herabgelassenen Greifer, der beim Durchflug durch eine sinnreiche Vorrichtung einen Postsack freigibt. Auf diese Weise können Post und Fracht innerhalb weniger Sekunden ausgetauscht werden.

## Wildwest in Australien

### Raubüberfall auf einen Eisenbahnzug

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Neu-Süd-Wales ein Postzug von Räubern überfallen. Die Räuber, die sich mit Masken unkenntlich gemacht hatten, drangen, während der Zug sich in voller Fahrt befand, in den Postwagen ein und entwarfen die Wächter. Ein Schaffner wurde getötet. Die Raubritzen bemächtigten sich hierauf einer Kiste, die 400 Pfund Sterling und 600 Pfund Sterling in Silber enthielt. Die Kiste warfen sie aus dem Zug und sprangen selbst ab, als die Fahrtgeschwindigkeit kurz vor einem Tunnel vermindert wurde. Von den Tätern fehlt jede Spur.

## Explosion in einer Metallgießerei

In einer Metallgießerei bei Solingen explodierte ein elektrischer Ofen. Das Dach der Fabrikhalle wurde abgedeckt und die Wände stürzten ein. Ebenfalls wurden mehrere Gebäude in der Nachbarschaft beschädigt. Zum Glück geschah die Explosion noch vor Beginn der Morgenschicht. Daher waren nur vier Arbeiter im Betrieb, von denen zwei leicht verletzt wurden.

## Zwei internationale Taschendiebe verhaftet

Auf Berliner Fernbahnhöfen gelang es zwei internationale Taschendiebe auf früherer Tat zu ertappen. Die Verhafteten haben sich in letzter Zeit mehrfach in Berlin und sonstigen deutschen Großstädten bemerkbar gemacht.

## Die Heuschreckenplage in Aegypten



Der gegenwärtige Heuschreckeneinbruch in Aegypten hat Ausmaße angenommen, wie sie seit Jahren nicht mehr beobachtet wurden. Die Heuschreckenschwärme sind bereits bis in die Umgebung von Kairo vorgedrungen und bedrohen jetzt das fruchtbare Niltal, in dem die Saat außerordentlich günstig steht. Englische Wissenschaftler erklären, daß das subtropische Afrika in diesem Frühjahr vermutlich noch unerschöpfliche Mengen von Heuschreckenwolken nach dem Norden schicken werde, da auch in diesen Gegenden anormale Witterungsverhältnisse geherrscht haben, die die Vermehrung der Heuschrecken sehr begünstigten. Unser Bild läßt die ungeheure Größe eines Heuschreckenschwarms erkennen. Unten links sieht man ein Heuschreckenweibchen.

## Enthüllungen im „Falke“-Prozeß

# Das internationale Netz der Waffenschmuggler

Deutsches Reedereikapital, deutsche Zollbehörden, Berliner Banken, polnisches Kriegsministerium, afghanische Kriegstreiber und der Herrscher Tschankaisch arbeiten sich in die Hände

Der zweite Verhandlungstag im „Falke“-Prozeß wird durch die Vernehmung des zweiten Angeklagten und Kompagnons der Reedereifirma Prenzlau, Felix Kramarski, eingeleitet, der mit der zynischen Offenheit eines kapitalistischen Profitjägers die langjährig getätigten Waffengeschäfte seiner Firma ohne weiteres zugibt. In längeren Ausführungen schildert er die Verbindung seiner Firma mit dem bekannten Hamburger Waffenerportgeschäft Ludwig Bing. Seit dieser Zeit habe seine Firma immer nur ganz große Geschäfte gemacht, vor allen Dingen aber sei es China gewesen, wohin besonders große Mengen Waffen gegangen sind.



Putschist del Gado

So offen der Waffenschieber Kramarski von den Waffenlieferungen seiner Firma im allgemeinen spricht, so vorsichtig drückt er sich um alle Aussagen herum, die mit der Expedition des Dampfers „Falke“ nach Venezuela im Zusammenhang stehen. Gewiß bestätigt er im Wesentlichen die Aussagen des Angeklagten Prenzlau, der, wie wir bereits gestern mitteilten, ganz offen eingestand, daß er von dem beabsichtigten Putsch des Generals del Gado auf die Regierung von Venezuela gewußt habe. Kramarski bestätigt auch weiter, daß zwei Expeditionen geplant waren und daß der Dampfer „Falke“ bei seinem ersten Unternehmen bereits 2000 Gewehre und 2 Millionen Schuß Munition an

Bord gehabt habe. Doch von dem beabsichtigten Staatsstreich des Putschisten-Generals del Gado will er nicht das mindeste gehört haben und auch den Vertrag, den sein Kompagnon mit dem General abgeschlossen hat, will er nicht gesehen haben. Gewiß habe ihm Prenzlau erzählt, daß del Gado ein „Revolutionär“ sei und einem politischen Komitee in Paris angehöre. Das sei ihm aber herzlich gleichgültig gewesen.

Ihn habe nur die finanzielle Seite der Angelegenheit interessiert, denn hier habe die fette Gewinnsumme von 200 000 Dollars gewinkt.

Nunmehr kommt der Vorsitzende auf den Anlauf des Dampfers „Falke“ zu sprechen. Kramarski behauptet nun, sein Kompagnon Prenzlau habe sich in Skandinavien um ein passendes Schiff bemüht, dort aber keins erhalten. Er selbst sei während dieser Zeit in Warschau gewesen, um dort Eisenbahngeschäfte mit der polnischen Staatsbahn abzuschließen. Nach einigem Zögern muß er aber die weitere Ungeheuerlichkeit zugeben, daß er dort gleichzeitig

mit dem polnischen Kriegsministerium wegen des Waffenkaufs in Verbindung getreten ist.

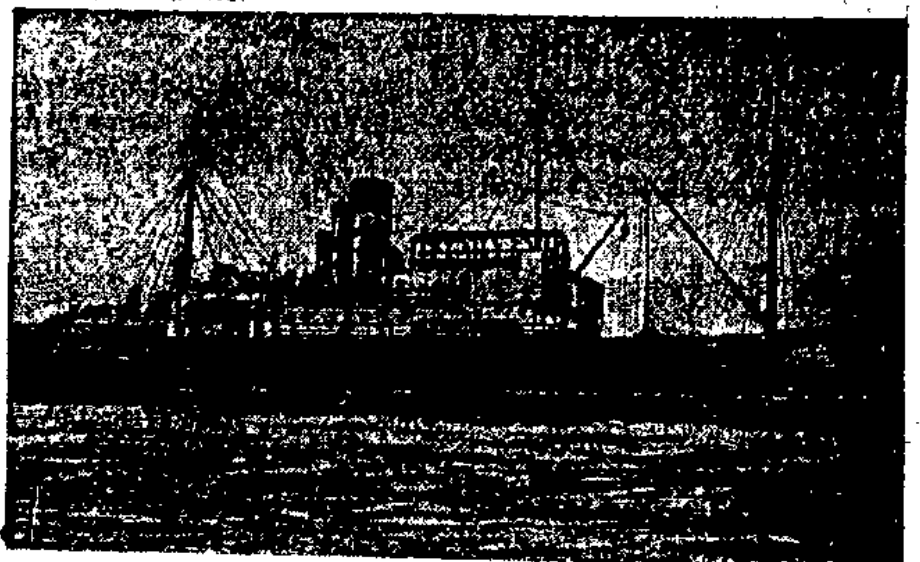
Tatsächlich hat er in Warschau rund 2000 Militärgewehre, Modell 88 und zwei Millionen Schuß Munition gekauft. Hierfür bezahlte Kramarski 35 000 Dollar. Die Waffen wurden in Warschau in Kisten verpackt und auf jeder Kiste in deutscher, französischer und polnischer Sprache genaue Angaben über den Inhalt vermerkt. Wie offen das ganze Waffengeschäft vor sich ging, sozusagen mit Einverständnis der polnischen und Danziger Behörden, geht daraus hervor, daß die Verladung der Waffen in Gdingen auf den Dampfer „Falke“ unter militärischer Bedeckung vor sich ging.

Wofür das Gericht aber schäuderbar gar kein Interesse zu haben scheint, ist die unglaubliche Tatsache, daß die deutschen Zollbehörden die Waffenladung mit ihren Amtslegeln von Regierung zu Regierung über alle Grenzen hinweg, verjahen.

Ungeheuer bezeichnend für die skrupellose Art und Weise, mit der dieser Kaseler des internationalen Waffenhandels sich untereinander in die Hände spielen, ist das folgende Frage- und Antwortspiel.

Vorsitzender: „Die Munition war also polnischer Herkunft?“

Kramarski (lebhafte Kopfschüttelnd): „Nein, die Munition kam aus Albanien. Dort war sie für Afghanisten bereitgestellt.“



Dampfer „Falke“

Vorsitzender: „Aber sie war doch Eigentum der polnischen Regierung?“

Kramarski: „Nein, Herr Vorsitzender, die Munition gehörte einem Berliner Bank!“

Die Vernehmung des Kapitäns Zippit ergibt, daß auch bereits im Hamburger Freihafen vier Maschinengewehre, mehrere Karabiner und Säbel als Ladung an Bord genommen wurden.

# Sich selbst die Augen ausgebrannt

Verzweiflungstat eines des Mordes angeklagten bürgerlichen Journalisten

Als der ehemalige Redakteur einer polnischen Zeitung, Paul Rajchubowski, der zur Zeit im Untersuchungsgefängnis wegen Mordes festgehalten wird, zur Demuschung geführt werden sollte, benutzte er einen unbeobachteten Augenblick auf dem Gefängnisflur, um einen am eisernen Ofen hängenden Feuerhaken glühend zu machen und sich damit beide Augen auszubrennen.

Die Mordtat dieses jungen bürgerlichen Journalisten hat seiner Zeit nicht geringes Aufsehen erregt, da die Begleitumstände der Mordtat gerade nicht alltäglich sind. Tatsache ist, daß Rajchubowski vor einigen Monaten in Rom aus Eifersucht eine Kontoristin erschossen und sich dann selbst einen Brustschuß beigebracht hat. Der Mörder konnte jedoch ausgeheilt werden, und in den nächsten Tagen sollte er abgeurteilt werden. So weit wäre das Verbrechen also alles andere als geheimnisvoll, wenn nicht Rajchubowski zu seiner Entlastung angegeben hätte, er habe die Kontoristin in der Hypnose erschossen. Mit aller Bestimmtheit behauptet er, im Beisein anderer Personen, die als Zeugen genannt werden könnten, von einem bekannten Hypnotiseur suggeriert worden zu sein. Dieser Hypnotiseur habe ihm gesagt, er werde sich in einiger Zeit in ein Mädchen verlieben und es dann tödlich vergiften.

Trotzdem dem Angeklagten in dem Prozeß drei Verteidiger zur Seite stehen wollten, schien er den Ausgang des Prozesses doch zu fürchten, denn anders ist kein Verzweiflungsschritt, sich des Augenlichtes zu berauben, nicht zu erklären. Rajchubowski wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus überführt, der Prozeß mußte verlagert werden.

## Ein Kind als Mörderin

Die Zwölfjährige mordete aus krankhafter Veranlagung

Die 12-jährige Schülerin Katharina Kiefer, die getrieben durch krankhafte Veranlagung die 3½-jährige Ane-

marie Scholtes ermordet, sowie mehrere Kinder entführt und mißhandelt hat, legte ein volles Geständnis ab. Sämtliche mit der Untersuchung betrauten Beamten sind sich darüber einig, daß das Kind für kein gemeingefährliches Treiben nicht verantwortlich gemacht werden kann und halten seine Ueberführung in eine Heilanstalt für durchaus notwendig.

## Raubmörder zum Tode verurteilt

Das Glogauer Schwurgericht verurteilte den 19-jährigen Fleischergesellen Wolfsdorf aus Reitzweilsee im Kreise Lübbow wegen Mordes zum Tode und wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis. Wolfsdorf hatte im Dezember 1929 den Landwirt Thiel durch einen Schuß aus dem Hinterhalt getötet und seinem ehemaligen Meister 100 Mark unterschlagen.

## Wahnsinniger tötet zwei Personen

In einem indischen Eisenbahnzug wurde durch einen Reisenden wahnsinnig. Der Kranke, der ein Gewehr bei sich führte, erschoss zwei Mitreisende seines Wagens und als mehrere im Zuge anwesende Postkassen ihn festhalten wollten, verletzte er zwei von ihnen ebenfalls durch Schüsse. Erst nach längerem Kampfe konnte er überwältigt und festgenommen werden.

## Krach um „Chankali“ in Danzig

Bei der am Mittwochabend im Danziger Stadttheater stattgefundenen „Chankali“-Aufführung der Gruppe junger Schauspieler inszenierten Danziger Reaktionsäre Stenbalkenen. Im ersten Akt singen einige dieser von der bürgerlichen Presse verhassten Subjekte an, auf Schüsseln zu pfeifen, Gegenstände, sogar Stinkbomben auf die Bühne zu werfen. Als die Polizei eintraf, hatten die anwesenden Danziger Arbeiter bereits für den ungehörigen Fortgang der Vorstellung gesorgt.



# Angeheuerliche Provokationen im Stadtparlament

## Kommunistische Stadtverordnete dürfen zur Protektion des Magistrats nicht reden — Stadtrat Fuchs beschimpft die Siedlungsmieter — Sozi-Bürgermeister Macho gegen die städtischen Arbeiter

Der Verlauf der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab der werksfähigen Bevölkerung einen Ansehensunterricht darüber, wie in diesem Stadtparlament ihre Interessen mit Füßen getreten werden. Vom ersten bis zum letzten Moment ihres Tages folgte Provokation auf Provokation. Stadtrat Fuchs bewies bereits im ersten Punkt der Tagesordnung seine Provokateur-Fähigkeiten — der sozialdemokratische Vorkämpfer Bandmann folgte ihm und gesteuerte den übrigen Verlauf der Sitzung zu einem Regiment frecher und unanständiger Diktatur. Es ist an der Zeit, einmal diesem eiteln, selbstgefälligen Männlein mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß er sich täuscht, wenn er glaubt, die kommunistischen Stadtverordneten, ohne entschiedene Abwehr zu finden, schikanieren zu können. Will er das, nun wohl — ihm sollte dann noch manchmal etwas warm unter dem Osenhoden werden.

Den Anfang der Beratungen bildet eine Anfrage, die Mietern in den Siedlungswohnungen betreffend. Die Diskussion bringt zutage, daß durch die unverantwortliche Methode des Auskaufens von Baumaterialien durch die Siedlungsgesellschaft & Co. die Mietpreise um mehr als 20 Mark pro Tausend in die Höhe getrieben, daß Hauszinssteuerhypotheken zu Zwischentreppen verbannt wurden usw. Offenbar durch die Kritik, die sein provokatorisches Schwelgen in der letzten Sitzung gekunden hat, etwas pelisch berührt, bequemt sich der verantwortliche Stadtrat Fuchs diesmal dazu, seine Maßnahmen zu verteidigen. Wir wollen mit aller Deutlichkeit sagen:

Es gehört schon eine Portion Scharfmacherbrutalität dazu, so zu reden, wie Fuchs es tat. Er, der ein viele Tausende Mark betragendes Gehalt hat und der demzufolge nie in die Verlegenheit kommt, für seine Mietswohnung keine Miete bezahlen zu können, fertigte den Streit kurz ab mit der Behauptung, die freilebenden Siedlungsmieter seien verfehlt und müßten durch Schaden (!!!) klug werden.

Ihm trat Genosse Jzla mit gebührender Schärfe entgegen. Er erklärte, daß die Ausführungen von Fuchs bewiesen haben, daß man die bankrotte Wohnungspolitik fortsetzen wolle. Tatsache ist, daß noch heute, viele Monate nach ihrer Fertigstellung, 60 Wohnungen in Himpel leer stehen. Fuchs behauptet, die Herstellung einer Wohnung werde in Zukunft „nur“ 8500 Mark kosten. Es sei also anzunehmen, daß die jetzt schon den Karnidelfallen gleichenden Wohnungen noch mehr verkleinert werden.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion begrüßt den Kampf der Neubausmieter und fordert sie auf, geschlossen in der vorgelegenen Abstimmung für eine Verbreiterung des Kampfes zu stimmen.

Um mit schärferen Maßnahmen als bisher den Unternahmerstandpunkt des Stadtrats Fuchs und des ihn bedeckenden Magistrats zu beantworten. Er ersuche um Zustimmung zu folgendem kommunistischen Antrag:

Aus dem bisherigen Verhalten des Magistrats geht hervor, daß dieser nicht gedenkt, die berechtigten Forderungen der Breslauer Neubausmieter zu erfüllen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher: 1. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 27. 2. 1930 sind vom Magistrat sofort durchzuführen, 2. Die angelegte Mietenerhöhung von 10 Prozent ist nicht durchzuführen, dagegen hat die bereits früher beschlossene Mietensenkung um 20 Prozent einzutreten.

In der Abstimmung wird nur der Teil des Antrages angenommen, der die 10prozentige Mietenerhöhung ablehnt. Gegen die anderen Antragspunkte stimmen auch die Sozialdemokraten unter Führung des „Eichlers“ G. Stein, die damit die Heuchelei ihrer eigenen Anträge — sie hatten bekanntlich selbst die 20prozentige Mietensenkung gefordert — zugeben.

In lächerlicher Pose erregt sodann vom Präsidiumstisch (!) aus der Sozialdemokrat Hugo Frey das Wort zur Begründung eines Antrages zur

### „Vernachlässigung Breslaus im Dohilfprogramm“

Es ist ein seltsames Phänomen, daß über die in der vorhergehenden Fraktionsführerbesprechung zwischen SPD und Deutschnationalen vereinbarte Ergreifung (!) verfallene Versammlung herniedergeht: „Breslau habe im Weltkrieg dem Vaterland gegenüber die Pflicht erfüllt. Jetzt werden unsere SED-Muse von den nicht mehr ersetzten Schreihälfen im Westen (!) überfüttert.“ Mit Verfen und großem Pathos läßt Frey seine vom Manuskript abgelesene Rede ausbringen in die Feststellung: Wir sind am Ende unserer Kräfte angelangt.

In den Fraktionsführerbesprechungen war auch festgelegt worden, über dieses offizielle Eingeständnis des Bankrotts der Stadt Breslau keine Diskussion zuzulassen. In Befolgung dieser Richtlinie „überfüttert“ dann auch der sozialdemokratische Vorkämpfer Bandmann die Wortmeldung unseres Genossen Welt, der daraufhin ohne Worterteilung spricht und folgende Erklärung der kommunistischen Fraktion verlesen will:

Die Politik des Magistrats der Hauptstadt Breslau ist ebenso wie die der Reichs- und preussischen Staatsregierung darauf eingestellt, die breiten Massen der werksfähigen Bevölkerung auszuplündern und zu unterdrücken. Als Organ des kapitalistischen Staates führt dieser Magistrat die Maßnahmen durch, die die wirklich notleidende Bevölkerung Breslaus im steigenden Maße belassen. Die jetzt vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Entschädigung ist nichts weiter, als ein Mittel zur Jereführung der Arbeiterschaft. Die Vertreter derselben Parteien, die im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung anschlagen sind, haben es abgesehen, für die notleidende Bevölkerung Breslaus Staatshilfe zu gewähren. Die Haltung der Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, im Preussischen Landtag bei Beratung

und Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf eine Staatshilfe für die werksfähige Bevölkerung Breslaus charakterisiert die arbeiterfeindliche Haltung dieser Parteien. Die kommunistischen Stadtverordneten fordern keine allgemeine Staatshilfe, sondern sie treten nur ein für das Klasseninteresse der Arbeiterschaft. Alle Anträge, die bisher von den Kommunisten im Interesse der Arbeiterschaft gestellt wurden, verfielen der Ablehnung durch die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront.

Das Schwergewicht des Kampfes um bessere Lebensbedingungen des Proletariats liegt außerhalb der Parlamente. Die Kommunisten werden alles tun, um diese außerparlamentarischen Kämpfe zu organisieren und erfolgreich durchzuführen. Nur durch die Einsetzung der eigenen Kraft und nicht durch Vertrauen auf die parlamentarischen Vertretungen der Parteien von der SPD, bis zu den Deutschnationalen, wird die Lage der arbeitenden Klasse gebessert werden können. Hinter der Entschädigung des Magistrats steht nicht der Wille zur Hilfeleistung, sondern diese Entschädigung stellt einen Versuch dar, durch Hilferufe an die Reichsregierung die eigene arbeiterfeindliche Politik zu verbeden. Die Kommunisten lehnen deshalb diese heuchlerische Entschädigung ab.

Bandmann unterbricht den Genossen Welt und ersucht um Ausständigung der Entschädigung, um sie erst selbst vorzulesen. Als er die Entschädigung hat, erklärt er unter stürmischen Entrüstungslundgebungen unserer Genossen, die Resolution nur verlangt zu haben, um sie nicht zu verlesen. Begegnend! — Gegen die Stimmen unserer Genossen wird nun die Phrasenresolution Hugo Freys angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist eine Anfrage zu der Schließung der Reichsbahnwerkstätte Ober-O. Stadtrat Schlimmelbrennig beantwortet sie. Er erklärt, daß nicht nur 850, sondern 885 Arbeiter entlassen werden sollen. Der Magistrat habe zwar „versucht“, das zu verhindern, Verhandlungen schweben noch, es sei aber keine Aussicht vorhanden, daß sie Erfolg hätten. Da eine Aussprache über diese Vorlage ausdrücklich von Deutschnationalen und SPD abgelehnt wird — nur die Kommunisten stimmen dafür —, wird dieser wichtige Punkt, der für die Breslauer werksfähige Bevölkerung von allergrößter Bedeutung ist, ohne weitere Erwähnung zu den Akten gelegt.

Nachdem noch einige unwichtige Vorlagen erledigt sind — die Polizeigebührenordnung geht in den Ausschuß; für das Fernheizwerk werden weitere 62 000 Mark bewilligt; die Vorkriegsklausur der Straßenbahner wird (sehr niedrig) „aufgehoben“; gegen die Stimmen der Kommunisten werden 3000 Mark zur diesjährigen Dresdener Hygiene-Ausstellung bewilligt; der Antrag auf Befestigung des Beschaffungszamtes für Schulenkassen wird in den Ausschuß verwiesen; der Anlegung von Straßenbahngleisen an der Werderbrücke für 104 000 Mark wird zugestimmt —

kommt es zu einem erneuten Zusammenstoß zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher Bandmann und dem Genossen Welt, der verlangt, daß er auf Grund des Paragraphen 40 der Geschäftsordnung noch nachträglich die kommunistische Erklärung zum Dohilfprogramm verlesen könne. Als Band-

### Ein Tag der Selbstmorde

Der 57jährige Kaufmann L. R. aus Neiß, der sich in der Maginil aufhielt, wurde gestern abend erhängt aufgefunden. Eine schwere Juckerkrankheit dürfte ihn in den Tod getrieben haben. — Durch Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden wurde die Witwe B. J. in ihrer Wohnung in der Bohrauer Straße. Die Verstorbene ist 73 Jahre alt. — Gestern mittag wurde der 52jährige Arbeiter P. R., Sebanstraße wohnhaft, in seiner Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Nach Angabe der Ehefrau soll R. den Selbstmord in der Trunkenheit verübt haben.

### Arbeitermieter von Breslau-West

heraus zu den öffentlichen Mieterversammlungen, 20 Uhr, und zwar:

- Freitag, 11. April: Lokal Paul Kirck, Wärenstraße 11
- Montag, 14. April: Lokal Schubert, Andersenstraße 12/14, Lokal Anglerheim, Leuthenstraße 72, Lokal Kirck, Wärenstraße 11
- Dienstag, 15. April: Lokal Kowietto, Schweigerstraße 5
- Mittwoch, 16. April: Lokal Dabitsch, Friedrich-Karl-Straße 3, Lokal Hoffmann, Pöpelwitzstraße, Lokal Glaser, Bergstraße 22

### Wer fährt nach Leipzig?

Sämtliche Ortsgruppen teilen sofort der Jugendbezirksleitung mit, wieviel Genossinnen und Genossen zum Reichsjugendtag nach Leipzig fahren. Bis Montag muß die Antwort in den Händen der Bezirksleitung sein, weil davon die Quartierbeschaffung abhängig ist.

### Der Mann mit den vielen Dienstmädchen

Einen unglaublichen Verbrauch an Hausangestellten hat ein Herr Louis Jöhr, Vorwerkstraße 62 wohnhaft. Wie er es mit seinen Dienstmädchen treibt, das ist derart, daß es einmal der Öffentlichkeit unterbreitet werden muß. Fast jeden Monat wechseln sie, weil Herr Jöhr in dem Augenblick, in dem er Lohn zahlen soll, die unmöglichsten Beschuldigungen erfindet, nur um zu vermeiden, daß er zahlen muß. Bald behauptet er, bestohlen worden zu sein, dann wieder hätte die Hausangestellte Sachbeschädigung begangen

man mit dummen Dingen darüber hinweggehen will, nimmt der Genosse Welt ohne seine Erlaubnis das Wort. Er weist erst einmal die dummsprechenden Wortschwinge Bandmann zurück und beginnt dann unter wütendem Lärm der Deutschnationalen und Sozialdemokraten mit der Verlesung der kommunistischen Entschädigung, worauf Bandmann die Sitzung auf 15 Minuten unterbricht und fluchtartig von seinem Platz verschwindet.

Nach Wiedereröffnung setzt sich Bandmann das harte Stuhl, die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte in einer geheimen Sitzung zu behandeln, um so der kommunistischen Fraktion die Möglichkeit zu nehmen, öffentlich zu der ungeheuren Vergewaltigung und Mundtotmachung der Kommunisten Stellung zu nehmen. In einheitlicher Front wird von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten die Bandmann-Diktatur gebet. Selbst die Nazis haben nichts dagegen einzuwenden und unterstützen die Anmaßungen ihres städtischen Freundes.

In der geheimen Sitzung ereignet sich noch ein neuer Standes.

Auf eine Anfrage, die geplanten Entlassungen städtischer Arbeiter betreffend — die „Arbeiter-Zeitung“ hat mehrmals ausführlich über diese Pläne berichtet —, weigert sich der Arbeiterbürgermeister Macho zu antworten, so daß dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden muß. Die nächste Sitzung soll am 1. Mai stattfinden, und bis dahin sind die Entlassungen schon perfekt. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte zu dieser Anfrage folgenden Zusatzantrag gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die kapitalistische Wirtschaftspolitik in Reich, Ländern und Kommunen führt zu noch größerer Massenverelendung der Arbeiterschaft. Die ungeheuren Wütriche beim diesjährigen Etat, und auch der Plan der Umkehrung städtischer Betriebe in eine G. m. b. H. hat dazu geführt, daß bereits Entlassungen in städtischen Betrieben vorgenommen wurden und noch größere Entlassungen geplant sind.

Die kommunistischen Stadtverordneten fordern: 1. daß die Entlassungen nicht vorgenommen werden, 2. daß die bereits erfolgten Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden, 3. Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich.

Wir sind sicher, daß die städtischen Arbeiter bereits heute in den stattfindenden Betriebsversammlungen zu dem Verhalten Machos und der SPD-Stellung nehmen werden.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung ist eine der bedeutungsvollsten gewesen. In allen wichtigen Vorlagen — Dohilfprogramm, Reichsbahnbehalte, Kommunalarbeiterentlassungen — kam zum Ausdruck, daß das herrschende kapitalistische System in einer hoffnungslosen Sackgasse ist. Es sucht sich zu halten, indem es die Massen der Katastrophe ohne Einschränkung von den werksfähigen Massen tragen läßt. In diesen liegt es nun, einer solchen Entwicklung zu immer entsetzlicherer Verelendung der schärfsten Massen Kampf entgegenzusetzen. Steht auch restlos hinter die kommunistische Partei, hinter die kommunistischen Stadtverordneten, die man mundtot machen will. Nieder mit der Regierung und dem Magistrat des Hungers und der Provokation! Einweg mit ihnen!

um. Selbst vor der Androhung von Fälligkeiten schreckt dieser Brabe, nebenbei gesagt ein städtischer „Ehrenbeamter“, nicht zurück. Wir warnen alle Hausangestellten, sich den Larmen dieses Herrn auszuweichen.

Feuer auf der Schweidnitzer Straße, Western, Donnerstag, kurz nach 16 Uhr, war in der Musikalienhandlung von Patmaner, auf der Schweidnitzer Straße, in einem am ersten Hof gelegenen Raum ein Teil der Decke in Brand geraten. Ein Zug der Feuerwehr traf von der Hauptfeuerwache an der Brandstelle ein, wo sich schnell eine größere Menschenmenge angesammelt hatte. Der Brand konnte nach kurzer Zeit mit der Eimerpreise gelöscht werden. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die elektrische Lichtleitung fehlerhaft angelegt worden war.

Stadttell West. Alle arbeitslosen Genossen und Sympathisierenden treffen sich Sonnabend 15 Uhr im „Anglerheim“, Leuthenstraße.

Alle Breslauer Leipzig-Fahrer melden sich heute Freitag von 18 bis 20 Uhr im Jugendbüro, Freiheitsgasse 2, 2. Etage.

Genossinnen des Roten Frauen- und Mädchenbundes. Am Sonntag, 9 Uhr, Abmarsch nach Deutsch-Wissa. Alle Genossinnen müssen pünktlich zur Stelle sein.

Wiederaufführung der „Treibensgloden“ von Will Ziegler im Zentralballsaal, ab heute Freitag bis Sonntag. Beginn 20 Uhr. Eintrittspreise von 50 Pfennig bis 2 Mark. Sonntag nachmittag 16 Uhr Erwerbsslofenvorstellung. Eintrittspreis 50 Pf. Mitwirkende: 25 Künstler.

Verlauf von Möbeln, Hausrat, Bekleidung und Wäsche aus Nachlassen am Sonnabend, dem 12., und Montag, den 14. April, von 9-13 Uhr, Niedergasse 8/10. (Eiche Inzerat.)

Schauspielhaus. Heute Freitag Premiere von Jean Gilberts „Hotel Stadt Lemberg“. Kammerjäger Georg Schmieter von der Wiener Staatsoper gastiert. Außerdem: Trude Reiter, Kurt von Moellenhoff, Martin Pettner, Mary Orion, Heinz J. Langwitz, Ernst Wendler und Rudolf Kurt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Probensteil (außer Oberfeldern) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberfeldern Fritz Jendrasch, Grotwitz. Für Inzerate: Anita Hill, Breslau.



## Fri-Ho-Di für den Osterkuchen

Die teuerste Zutat für den Osterkuchen ist Butter: Und gerade hier ist es Ihnen leicht gemacht, zu sparen: Nehmen Sie Fri-Ho-Di-Margarine, sie ist mit süßem Rahm zubereitet und kostet trotzdem nur halb so viel wie Butter.

Beim Einkauf von 1 Pfund Fri-Ho-Di erhalten Sie kostenlos eins der bei Jung und Alt beliebten Fri-Ho-Di-Unterhaltungsspiele

# Fri-Ho-Di



# Niederschlesien

## Görlich Warum muß der Proletarier Freidenker sein?

Zu diesem Thema sprach Marie Meier-Lugau in einer öffentlichen Versammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung. Der Besuch war ungemein und dürfte auf das nicht sehr aktuelle Thema zurückzuführen sein. Warum hat der Vorstand angesichts der verschärften Hege aller Religionsgemeinschaften gegen das Weltfreidenkertum nicht mehr Initiative ergriffen und die Versammlung als Protestkundgebung gegen diese unverträgliche Lügepropaganda propagiert? Oder besteht etwa die Auffassung, daß der Kampf, der von Seiten der Kirchen insbesondere gegen die russische Freidenkerbewegung geführt wird, unsere deutschen Freidenker nichts angeht? Die Ausführungen der Referentin, die mit keinem Worte die Schwärze erwähnte, bestätigten diese Annahme. Die Rednerin gliederte in Laufe ihrer Ausführungen Margjsten des 10. Jahrhunderts, die sich ganz entschieden gegen die Religion als den größten Feind des Proletariats aussprachen, z. B. Marg: „Religion ist Opium für das Volk“, August Bebel: „Kirche und Christentum

## Zwei Kinder in der Jauchegrube ertrunken

Einen gräßlichen Tod fanden zwei Kinder, namens Egon Heinrich und Martin Ulrich, auf dem Grundstück Niederwiesweg 4 in Görlich-Moss. Sie ließen beim Spielen über eine mit Brettern gedeckte Jauchegrube, wobei die morschen Bretter zerbrachen. Die beiden Kinder, im Alter von zwei und zweieinhalb Jahren, fielen hinein und wurden erst um 20 Uhr abends nach längerer Suche gefunden. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

vertreten sich wie Feuer und Wasser.“ Aussprüche der Margjsten des 20. Jahrhunderts anzuführen unterließ die Rednerin wohlweislich. Diese Leute um Kautsky und Bernstein haben den marxistischen Gedanken verleugnet und kapitulieren vor der Kirche, indem sie erklären „Religion ist Privatsache“. Für diese Privatsache müssen auch die Freidenker mit bezahlen, so bestimmten es die „Freidenker“-Abgeordneten, die mit für das Konkordat stimmten. Wenn diese Freidenker-Abgeordneten ihr Taschengeld damit zu verteidigen versuchen, daß der größte Teil ihrer Wähler der Kirche noch angehört, so dürfte das den Freidenkern zeigen, wie es mit der Führerqualität dieser ihrer Führer bestellt ist. Die Ortsgruppe Görlich hatte dieses organisationschädigende Verhalten dieser Führer richtig beantwortet. In einer Resolution, die einstimmig in der Mitgliederversammlung angenommen wurde, wurde der Ausschluss dieser Mitglieder gefordert. Die Referentin wollte den Kommunisten nachweisen, daß es mit ihrer Konsequenz gegenüber der Kirche nicht weit her ist. Sie führte mehrere Beispiele an, wo die Frauen von Freidenkern, die der SPD angehören, noch der Kirche angehören. In der anschließenden Diskussion sprach einer unserer Genossen. Er erinnerte daran, daß viele Exponenten aus Gewerkschaften und SPD noch der Kirche angehören. Der Kampf gegen die Kirche, gegen die Kulturreaktion kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die arbeitende Bevölkerung wirtschaftlich und gesellschaftlich die Herrschende wird. Der

Kampf zur Erreichung höherer Löhne, für die Verkürzung der Arbeitszeit und ausreichenden Urlaub muß parallel gehen mit der Aufklärungsarbeit der Freidenkerorganisation. Eine fortschreitende Kulturbewegung ohne diese Voraussetzungen gibt es nicht. Für diese marxistische These hat Sowjetrußland den Beweis erbracht. Mit der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiter marschieren die revolutionäre Umwälzung von der alten zur neuen Kultur.

Im Schlußwort redete die Referentin, man könne Deutschland nicht mit Rußland vergleichen, da Deutschland eine andere geographische Lage habe. Der Ausdruck zeigt deutlich von der mangelnden Verbundenheit vieler deutscher Freidenker mit ihren russischen Freidenkern.

**Achtung!** Am Freitag findet die Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung im Kleinen Konzertsaal, um 20 Uhr statt. Es ist Pflicht aller Freidenker, zu erscheinen.

**Kaufhaus zum Strauß.** Der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt dieser Firma bei. Der anlässlich ihres 50jährigen Bestehens stattfindende Verkauf zeigt wiederum, daß das Kaufhaus Strauß bemüht ist, seinen Kunden von Stadt und Land die größten Einkaufsvorteile zu bieten. Durch den Anschluß an die Rudolf Karstadt AG. in Hamburg wird das noch unterstrichen.

## Liegnitz Nachspiel zur Märzgefallenfeier

Vorige Woche fand eine Vernehmung von sechs Arbeitern statt, die angeblich an den Zusammenstößen mit der Polizei bei der Märzgefallenendemonstration beteiligt gewesen sein sollen. Inzwischen erhielten gestern wieder einige Arbeiter in dieser Angelegenheit Vorladungen. Die „Staatsaktion“ der Klassenjustiz ist auf vollkommen willkürlichen Voraussetzungen aufgebaut.

## Massenausschlüsse der Glogauer Reichsbannerarbeiter angekündigt

Am Montag organisierte die Kommunistische Partei eine öffentliche Kundgebung auf dem Franziskanerplatz. Die Genossen sammelten sich auf dem Dominikanerplatz und zogen mit Transparenten und Fahnen nach dem oben angeführten Platz. Folgende Losungen waren auf den Transparenten zu lesen: „Gegen die Hungerregierung“, „Gegen Faschismus“, „Her mit der Räterepublik“, „Für den Sozialismus“. Auch die Jugend führte ein Transparent mit: „Jungarbeiterinnen, Jungarbeiter, her zu uns in den RZVD, heraus zum Reichsjugendtag, Leipzig, Ostern 1930.“ Auf dem Franziskanerplatz hielt Genosse J. eine Ansprache. Mit einem Hoch auf Sowjetrußland und die Kommunistische Internationale wurde die Kundgebung beendet. Hierauf formierte sich der Demonstrationzug, dem sich Hunderte von Werktätigen anschlossen, so daß es zu einer der mächtigsten Demonstrationen seit Jahren kam. Hunderte von Proletariern bekundeten ihre Sympathie durch Spalierbilden. So ging es in geschlossenem Zuge durch die Proletarierstraßen bis zum Franziskanerplatz. Dort sprach Genosse U. von der

## Achtung, Ortsgruppen!

Einige erwerbslose Jugendgenossen legen den Weg nach Leipzig zum Reichsjugendtag auf Fahrrädern zurück. Unterstützt durch Verpflegung und Bereitstellung von Nachquartieren.

## „Arbeiter-Zeitung“ verkaufen ist nicht verboten

Ein Genosse erhielt wegen des Verkaufs der „Arbeiter-Zeitung“ in Goldberg eine Geldstrafe, gegen die er sofort Einspruch erhob. In der vorgestern stattgefundenen Hauptverhandlung mußte selbst der Anklagevertreter die Unsinngigkeit dieses Strafbeschlusses einsehen und Freisprechung beantragen, was auch geschah.

## Das Brot ist teurer geworden

Das Hausbrot kostet ab sofort in Liegnitz 55 Pf. (4 Pfund ausgebacken), 60 Pf. das Tafelbrot (4 Pfund ausgebacken). Die Preisse haben sich damit für jedes Brot um 10 Pf. erhöht. Auch ein Kapitel zur Volkspolitik.

## Alles rüffet zum Roten Treffen in Erfurt



Starke Delegationen aus allen Teilen des Reiches sind bereits angemeldet. Auch dein Verein muß dabei sein! Ein wichtiger Teil der agitatorischen Vorarbeit zum Reichstreffen ist der Vertrieb der Reichstreffen-Plakette. Jeder oppositionelle Arbeitersportler muß durch Tragen der Plakette für das Reichstreffen werben. Dieselbe kostet 1 RM., für Erwerbslose (einschließlich Freiquartier) 1 RM., für Jugendliche 50 Pfg. Bestellungen möglichst vereinsweise durch die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport, Berlin C. 25, Landberger Straße 22. Wählt Delegierte zum Reichstreffen der Roten Sportler in Erfurt!

Roten Hilfe. Ein Erfolg der Demonstration: Alle Reichsbannerkameraden, die mit uns demonstrierten, werden ausgeschlossen. Hinein in die SPD, muß die Lösung sein.

## Beuthen a. d. O. Es geht vorwärts!

Am Samstagabend waren die Grünberger Arbeitermänner in ihrer Kapelle bei uns, um eine Werbeveranstaltung für die Kommunistische Partei durchzuführen. Der Erfolg war sehr gut. 3000 Neuannahmen waren das Ergebnis. Für unseren kleinen Ort durchaus beachtlich. Der Erfolg unserer Werbeveranstaltung ist den Leuten vom hiesigen Käseblättchen aus in die Klotten der Knochen gefahren, worauf sie sich hinsetzten und einen sogenannten Bericht, der an Geistlosigkeit nicht zu überbieten ist, verfaßten. Sollen sie lässeln! Es wird auch ferner bei uns vorwärts gehen.

# N.S.U.



Vertreter für N. S. U. Motorräder für Breslau:  
**Wenzel & Hibbeler, Kraftfahrzeuge**  
Taschenstraße 22-24, Tel. 553 51

## Max Schönfelders Feinkost- und Lebensmittel-Großhandlung

Ich biete an:

- 1a Mollerei-Tafelbutter wieder billiger! das Pfund heute nur zu M. 1,52
- Ausnahmepreise für 1a Mägenwalder Teemurk das Pfund in ganzen Würften M. 1,96. Bei 5 Pfund je Pfund M. 1,94, bei 10 Pfund je Pfund M. 1,92.
- 1a Solteiner Zerkletsurk in ganzen Würften je Pfd. M. 1,92, 1/2 Pfd. M. 0,50.
- 1a Solteiner Rindmurrk in ganzen Würften je Pfund M. 1,92, 1/2 Pfd. M. 0,50
- Raublebermurrk mit Fettküden je Pfd. M. 0,88
- Guts-Brechwurrk (Sonderpezialität) je Pfd. M. 0,88
- 1a Schweizer Käse, prächtvolle Qualität

1/4	1/2	1	5	10 Pfd.
0,35	0,68	1,34	6,60	13,- M.

- Edamer Käse, zart und mild 1/2 Pfd. 0,39 M., 1 Pfd. 0,76 M., Kugel, ca. 3 1/2 Pfd., je Pfd. 0,74 M.
- Edamer Käse, zart und mild 1/2 Pfd. 0,57 M., 1 Pfd. 1,10 M., 5 Pfd. 5,40 M. im Laib von ca. 8 Pfd., je Pfd. 1,06 M. und dazu meine erstklassigen
- Besten weisfährigen Kumperrindeln in Scheiben das Original-Paket, ca. 325 Gramm, nur 0,30 M.
- Fischmarinaden
- 1/2-Lit.-Dose Kollmops . . . . . 0,78 M.
- 1/2-Lit.-Dose Bismarckheringe . . . . . 0,83 M.
- 1/2-Lit.-Dose Heringe in Senfsoße . . . . . 0,78 M.
- Soeben frisch eingetroffen!
- 1a Pracht-Büdlinge, je Pfd. nur 0,24 M.
- Käse mit ca. 5 Pfd. wieder nur 1,15 M.
- 1a Blüten-Honig hocharomatisch . . . . . 1 Lit. Glas je Pfd. M. 1,25
- Auserlesener Blüten-Honig exklusive Glas je Pfund M. 1,40
- Besonders billig und sehr gut.
- Balencia-Äpfelchen je Duzend M. 0,58
- 1a Zitronen, vollsaftig und reinhaltig je Duz. M. 0,48 u. a. m.

**Max Schönfelder**  
Kaffee-Rösteri — Tee-Import  
Waren-Vereinhaus und Weingroßhandlung  
Breslau 1, Albrechtstraße Nr. 55  
Tel. Nr. 20423 u. 27402 — Postfach Breslau 9630  
Sonntag, den 13. April, ist mein Geschäft in der Zeit von 13 1/2 bis 18 Uhr für den Verkauf geöffnet.

## Auch wenn Sie sonst das Doppelte ausgeben

mein Oster-Angebot wird Sie bestimmt zufriedenstellen. Geringer Spesen-Apparat — ist der Hauptfaktor meiner stadtbekanntesten Preiswürdigkeit

**Kammgarn-Herren Anzüge**  
in guter Innenverarbeitung u. mod. Farben  
Mk. 42.-, 37.50, 34.-, 31.-, 26.-, 22.50

**Trench-Coat, der mod. Sommermantel**  
in blau oder mod. mit und ohne Futter  
Mk. 19.50, 23.-, 25.-, 32.-  
Sonntag geöffnet von 1 1/2 bis 6 Uhr

## Eugen Hamburger nur Reichstraße 31, Ecke Springerstraße

Extra billig  
**Kinderwagen**  
Klappwagen  
Kinderbetten  
Kasten- und Leiterwagen  
**Korbmöbel**  
Alle Ersatzteile  
Räder, Reparatur.  
**Jonas**  
Reuschstraße 40  
am Kälgeplatz.

**Kinderwagen Puppenwagen**  
jetzt extra billig  
**Korbmöbel Metallbettstellen**  
**Suchancke**  
Ohlauer Str. 33  
Ecke Taschenstr.

**Klaviere**  
neu und gebraucht  
Sprechapparate und Schallplatten  
Teilzahlung gestattet  
**Martha Schmidt**  
Breslau  
Nikolaistraße 54-55  
75 Pf. kostet die gute Schat-Narbe nur bei  
**C. Wreschner**  
Schmiedebrücke Nr. 29 b

**Fußbekleidung**  
kauft man am preiswertesten im  
**Schuhhaus Försier**  
Schweldritzt  
Langstraße 6

## Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Freitag und Sonnabend, 5 und 8 Uhr  
**Warum Erstaunlich?**  
**Das Dokument von Schanghai**  
Weil der aktuelle Revolutionsbericht über Asien von den Breslauer Kinos angelehnt wird!  
Im Beiprogramm  
**Der Schinderhannes**  
Jugend verboten!  
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pfg.  
Besucherausweis 50 Pfg., ohne 70 Pfg.  
Arbeiter-Sportkartell

**Sie müssen doch**  
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum



# Warum wurde die SPD. aus der Regierung hinausgeworfen?

Eine richtige Einschätzung der Bedeutung des Regierungswechsels ist von grundlegender Bedeutung sowohl für die richtige Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage als auch insbesondere für die Einschätzung der Rolle des Sozialfaschismus in der gegenwärtigen Periode.

## Fußtritt oder Austritt?

Die Frage, die von der ultralinken Gruppe um den Genossen Mezler in die Diskussion geworfen wurde, läßt sich auf die kurze Formel bringen: Fußtritt oder Austritt? Schon vor Monaten, als klare Reuehrungen bürgerlicher Parteiführer und der bürgerlichen Presse in diesem Sinne vorlagen, wies die „Rote Fahne“ auf die Absicht der bürgerlichen Parteien hin, ihren sozialfaschistischen Kalaien in der Regierung den Fußtritt zu geben, sobald der Young-Plan und das Republikahngesetz durchgebracht sein würden. Genosse Mezler wandte sich schon damals gegen die Fußtrittstheorie und stellte ihr das Dogma entgegen, daß die Bourgeoisie in der gegenwärtigen Periode ohne die Sozialfaschisten in der Regierung nicht auskommen könnte. Jetzt, wo die Tatsachen offenkundig das Gegenteil beweisen, soll das alte Rezept heißen: „Desto schlimmer für die Tatsachen!“

Genosse Mezler spricht von einem „großzügigen Manöver“ der SPD., das in ihrem Austritt aus der Regierung besteht. Soll er merkt seinbar nicht, daß er durch diese den Tatsachen sohn sprechende Behauptung seiner eigenen Theorie des Sozialfaschismus ins Gesicht schlägt. Wenn die SPD. für die Bourgeoisie in der Regierung unentbehrlich wäre, wenn die Arbeiteraristokratie genau so ein Bestandteil des bürgerlichen Herrschaftssystems wäre wie das Finanzkapital, wenn die Frage des Massenanhangs der SPD. für die Frage ihrer Regierungsbeteiligung keine Bedeutung hätte, wie könnte sie dann — und sei es auch nur vorübergehend — aus der Regierung herausgehen?

Mit Recht erklärt die Resolution des Politbüros vom 5. April, daß eine solche falsche Darstellung der Regierungskrise eine ungewollte Rechtfertigung der Sozialdemokratie bedeutet. In dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD. heißt es:

„Ihre (d. h. der SPD.) Bereitschaft zur gemeinsamer verantwortlichen Arbeit hat dort eine Grenze, wo die Interessen der werktätigen Volksschichten bedroht sind.“

Ebenso hat der Exminister Wiffell in einer Berliner Funktionärerversammlung versucht, den Hinauswurf der SPD. aus der Regierung als eine charakteristische Heldentat der SPD. darzustellen. Endeinviertel Jahr Regierungstätigkeit haben aber genügend bewiesen, daß es für die SPD. eine solche Grenze der Koalitionsbereitschaft nicht gibt. Wenn man den Arbeitern einredet, daß die SPD. in der Zeit der schärfsten Kapitaloffensive aus der Regierung ausgetreten sei, dann unterstellt man den SPD.-Schwindel, wenn man auch noch so viel von „Manövern“ erzählt.

## Wer hat die Koalition gesprengt?

Die Taten und Reden der SPD.-Führer beweisen zur Genüge, daß sie absolut bereit waren, in der Regierung zu bleiben und den Raub- und Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie weiter durchzuführen und zu unterstützen. Nicht nur die Minister Hermann Müller, Severing und Robert Schmidt hatten von vornherein für die sogenannte „Kompromißformel“ über den Abbau der Arbeitslosenversicherung gestimmt, sondern auch die Fraktionsführung unter der Leitung von Breitscheid. Die Mehrheit in der Reichstagsfraktion der SPD. gegen das Kompromiß wäre bestimmt nicht zustande gekommen, wenn die Führer der SPD. sich darüber im Klaren gewesen wären, daß ihre bürgerlichen Kompagnons nur auf diesen Anlaß lauzierten, um ihren „sozialfaschistischen Koalitions-genossen“ den Laufpaß zu geben. So waren die Regierungsmänner von der SPD. schmerzhaft überrascht und fittlich entrißt, als Brüderhauer plötzlich erklärte, nicht mehr für den Regierungsantrag in der Arbeitslosenfrage eintreten zu können, auf den sich die SPD.-Fraktion festgelegt hatte und als es dadurch zum Bruch der Koalition kam.

Der linkssozialdemokratische „Klassenkampf“ muß darum auch belennen:

„Wenn auch unserer Meinung nach die Sprengung der Koalition keine Schande ist, so muß doch um der historischen Wahrheit willen festgestellt werden, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Koalitionsparteien das Kabinett Müller gesprengt haben.“

Die Genossen Mezler, Heule usw. erfinden also ein schlaues Manöver der SPD., von dem nicht einmal die „linken“ Sozialdemokraten, die doch gewiß das größte Interesse daran hätten, etwas wissen. Wenn es irgendwie möglich wäre, den Sachverhalt so darzustellen, daß die SPD. tapfer auf ihre Ministerposten verzichtete, um nicht die Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosenversicherung zu übernehmen, dann würden gewiß die „linken“ Sozialdemokraten zuerst auf eine solche Auslegung verfallen. Aber selbst sie trauen offenbar den deutschen Arbeitern nicht eine solche Ahnungslosigkeit über handgreifliche Tatsachen zu, wie sie die ultralinken Genossen beweisen. Wenn die SPD. aus der Regierung ausgetreten wäre, um die Verantwortung für den Kapitalangriff, der jetzt verschärft einsetzt, von sich abzuwälzen, wie wäre dann ein solches jämmerliches Liebeswerben nach dem Bruch der Koalition möglich, wie es in der Rede von Breitscheid im Reichstag zum Ausdruck kam, die der volksparteiliche Führer Scholz mit der höhnischen Erklärung beantwortete, er könne die Liebesbeteuerungen der SPD. nicht erwidern?

## Warum wurde den SPD.-Ministern der Stuhl vor die Tür gesetzt?

Wenn aber feststeht, daß die sozialfaschistischen Führer bisher so auch weiterhin zu je der Schandtat gegen die Arbeiterschaft bereit wären, warum wurden sie dann in der gegenwärtigen Situation des verschärften Klassenkampfes aus der Regierung hinausgeworfen, warum konnte oder wollte die Bourgeoisie ihre sozialfaschistischen Kalaien in der Regierung nicht

welter ausnutzen? Etwa deshalb, weil sie jetzt daran geht, die reformistischen Organisationen zu zerbrechen, weil sie einen faschistischen Bürgerkrieg unter der Führung von Hitler und Fried gegen Severings und Hörings Garden eröffnen will? Solch eine un sinnige Perspektive entwickeln die Brandlerianer. Ihr Blätchen „Gegen den Strom“ erklärt:

„Das heutige Programm der Bourgeoisie richtet sich gegen die Grundlage der Existenz jeder Arbeiterorganisation, selbst der zähmsten reformistischen.“

Während die Ultralinken überhaupt keinen Unterschied mehr sehen zwischen den finanzkapitalistischen Diktatoren und ihren sozialfaschistischen Hausnechten, zwischen den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Arbeiterpartei und darum den politischen Tatsachen hilflos und verständiglos gegenüberstehen, gehen die Brandlerianer von einer Theorie des unerschütterlichen Gegensatzes zwischen Faschismus und Reformismus aus, die die Grundlage ihrer „Einheitsfronttaktik“ des Bündnisses mit den Sozialfaschisten bildet.

Die Brandlerianer leugnen, daß die Sozialfaschisten und ihre Organisationen, auch wenn sie nicht in der Regierung vertreten sind, unentbehrliche Werkzeuge der Kapitaldiktatur bleiben. Die Bourgeoisie wirft die SPD. nicht deshalb aus der Reichsregierung hinaus, weil sie keine „linke“ Stütze mehr braucht, sondern deshalb, weil der Sozialfaschismus unter den gegenwärtigen Bedingungen diese seine Lebensaufgabe besser als Oppositionspartei durchführen kann.

Man kann nicht abstrakt in der blauen Luft darüber diskutieren, ob die SPD. als Regierungspartei für die Bourgeoisie nützlicher oder weniger nützlich ist als andere bürgerliche Parteien. Das hängt ganz und gar von der gesamten Lage ab. Wenn die bürgerlichen Parteien wollen, können sie beispielsweise morgen die SPD. aus der Preußenregierung hinausmandrieren. Aber offenbar hatten sie in derselben Zeit, wo sie die SPD. aus der Reichsregierung hinausjagten, ihre Mitwirkung in der Preußenregierung noch für nützlich.

## Die Rolle des Sozialfaschismus

Die reformistischen Parteien als bürgerliche Arbeiterparteien, wie sie schon von Marx und Engels und später von Lenin genannt wurden, haben die besondere Aufgabe, die bürgerliche Politik innerhalb der Arbeiterschaft durchzuführen. In der gegenwärtigen Periode, wo die Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden übergehen muß, ist es die besondere Aufgabe der Reformisten, diesen Übergang zum Faschismus aktiv zu unterstützen, den Arbeitern schmachhaft zu machen und sie vom revolutionären Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur abzuhalten. Diese Rolle des internationalen Reformismus bezeichnen wir mit dem Ausdruck „Sozialfaschismus“. Und an dieser Rolle ändert sich nichts, wenn die SPD. nicht in der Reichsregierung sitzt, es ändern sich nur ihre tatsächlichen Methoden.

Für die Führer des Finanzkapitals waren zweierlei Gründe dafür maßgebend, daß sie ihre sozialdemokratischen Kalaien von der Vorderbühne wieder in die Kalaienstube zurückverwiesen. Angesichts der tiefen Depression, die heute schon in der deutschen Wirtschaft besteht, und angesichts der großen Gefahren, mit denen die heranrückende Weltwirtschaftskrise den deutschen Kapitalismus bedroht, braucht die Bourgeoisie eine Regierung, die den Kapitalangriff auf der ganzen Linie so rasch und brutal als möglich durchführt. Seit mehr als einem Jahr wird über den Abbau der Arbeitslosenversicherung verhandelt. Die SPD., die auf dem Magdeburger Parteitag im Mai 1929 geschworen hatte, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen, hat bereits im Oktober 1929 entscheidenden Abbaumaßnahmen zugestimmt. Der ADGB selbst schätzt, daß durch diese „Reform“ min-

## Die „linke“ SPD. fordert Verbot des Reichsjugendtages

### Nun erst recht alles zu Ostern nach Leipzig!

Die Vorbereitungen des Jungproletariats in allen Teilen des Reiches zu einem machtvollen Aufmarsch am Reichsjugendtag zu Ostern in Leipzig hat der SPD. einen Schreck in die Knochen gejagt. Darum hezt und tobt sie in allen Tonarten und fordert die Behörden auf, den Reichsjugendtag zu verbieten. An der Spitze marschieren wie immer die „linke“ SPD.-Presse. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Recht auf die Straße heißt in der kommunistischen Ideologie Recht zu Terror und Vergewaltigung aller nichtkommunistischen Organisationen und deren Anhänger. „Brügel die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ lautet der Tagesbefehl. Nach diesem Tagesbefehl wurde schon oft gehandelt und für die Befolgung dieses Tagesbefehls sind auch schon kommunistische Jugendmitglieder vom Gericht abgeurteilt worden.“

Denunziation an die Staatsanwaltschaft und gleichzeitig Appell zum Schutz der Faschisten, das ist die „Tageslosung“ der SPD. Die Arbeiterjugend, auch die ehrlichen proletarischen Mitglieder der SAJ., werden sich durch diese schimpflichen Methoden der Sozialfaschisten nur noch mehr veranlaßt sehen, den 5. Reichsjugendtag in Leipzig zu einem wuchtigen Aufmarsch gegen Faschismus und Sozialfaschismus zu gestalten.

Nationalsozialisten versuchten eine überfüllte kommunistische Versammlung in Ludwigshafen zu sprengen. Sie wurden von den verkommenen Arbeitern mit blutigen Köpfen davongejagt. Die Polizei verhaftete natürlich hauptsächlich die SAJ.

Auf dem Friedhof in Benndorf wurden von zwanzig Grabstätten Denkmäler und Grabsteine umgeworfen oder beschädigt. Als Täter kommen Nationalsozialisten in Betracht.

In gemühtlichen Besprechungen zwischen dem thüringischen Staatsminister Baum und dem Reichsinnenminister Dr. Wirth soll auch pro forma der schon längst beigelegte Papierkrieg zwischen dem Reich und Thüringen beigelegt werden. Dieser Ausgang ist eine schmachvolle Namengeberings- und der Sozialdemokratie.

bestens 100 Millionen Mark auf Kosten der Erwerbslosen eingepart wurden. Er erklärt in seiner Denkschrift, „daß diese Abänderungen im ganzen sozialpolitisch rückwärts wirken mußten und insofern einen Erfolg der Gegner der Arbeitslosenversicherung darstellten“.

Aber die Unternehmer waren mit diesem Teilerfolg nicht zufrieden. Sie brauchen einen allgemeinen, gründlichen Abbau, um ihren Angriff auf die Löhne mit besseren Aussichten eröffnen zu können. Um diese Frage wird seit Monaten geschäkert. Die SPD. wollte zwar um keinen Preis die Koalition mit den Bourgeoisparteiern brechen, aber sie stand und steht andererseits unter dem Druck der Massen ihrer Arbeiteranhänger. Die SPD.-Führer wissen auch, daß sie als Koalitionspartner nur so lange geschätzt werden, als sie ihre Aufgabe der Spaltung, Zerfischung und Lähmung der proletarischen Massen erfolgreich durchzuführen. Sie wollen darum so manövrieren, daß sie sich möglichst von der Verantwortung für arbeiterfeindliche Maßnahmen drücken, ähnlich, wie sie das bei der Panzerkreuzerabstimmung getan haben. Solche Manöver wären die Ursache endloser Verhandlungen, parlamentarischer Schiebungen und der chronischen Krise dieser Koalition. Dadurch verlor die Bourgeoisie Zeit, die Unruhe wuchs und dazu kam schließlich noch, daß die SPD. trotz aller ihrer Manöver sich immer mehr als unfähig erwies, ihren Einfluß bei den Arbeitermassen im Sinne der Bremsung der Arbeiterbewegung auszuüben.

## Der Vormarsch der KP. und Jörgiebels blutige Provokation

Man darf bei der Beurteilung der Regierungskrise die Bedeutung des subjektiven Faktors, der Tätigkeit der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition nicht vergessen. Es ist kein Zufall, daß der Hinauswurf der SPD. aus der Regierung zeitlich zusammenfiel mit einer Reihe großer Siege der revolutionären Opposition bei den Betriebsräte wahlen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in einigen wichtigen Berliner Betrieben und in einer gewissen Belebung des wirtschaftlichen Kampfes, der unter revolutionärer Führung gegen die sozialfaschistische Bürokratie sich entwickelt.

Die sozialfaschistischen Führer haben eine Kette blutiger Provokationen von den Wailagen 1929 bis zum 6. März 1930 aneinandergereiht, um die revolutionäre Arbeit des Proletariats von den Massen zu trennen und isoliert niederzuschlagen. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Unterdrückung des KP., das Demonstrationsverbot, all das hat nichts genützt. Unter Masseneinfluß wächst. Was nützt der Bourgeoisie ein solcher Koalitionspartner, der durch seine parlamentarischen Manöver die Annahme der für sie notwendigen Gesetze verzögert und sich immer mehr als unfähig erwies, seine außerparlamentarische Funktion der „wirtschafts-demokratischen“ Befreiung der Arbeitermassen durchzuführen?

Die brandlerianischen Renegaten, die für die Kraft der revolutionären Bewegung blind sind und im Faschismus nicht ein Zeichen der Erschütterung der Bourgeoisie herrschaft, sondern ein Zeichen ihrer Macht und Stärke sehen, jammern: „Wenn die Bourgeoisie sich jetzt stark genug fühlt, das parlamentarische System zu durchbrechen, auf parlamentarische Konzeptionen und parlamentarische Rücksichten zu verzichten, so deshalb, weil sie weiß, daß sie keinen außerparlamentarischen Widerstand in den Massen zu erwarten hat.“

## Hindenburgs „loyale Opposition“

Aus dieser Grob-Perspektive des opportunistischen Sumpfes kann man die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland nicht verstehen. Gerade weil die Bourgeoisie weiß, daß sie großen außerparlamentarischen Kämpfen entgegensteht, gerade weil sie befürchtet muß, daß sich aus der Lohnabbauoffensive gewaltige Kämpfe nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakters entwickeln, verschärft sie einerseits das System der staatlichen Unterdrückung, zieht die faschistischen Banden groß, räumt ihren Vertretern einflussreiche Regierungsstellen ein und schickt zugleich ihre getreuen sozialfaschistischen Kalaien in einen „Erholungsurlaub“.

Die parlamentarische Opposition, die die SPD. spielen will, kann in der Zeit des Überganges zur faschistischen Diktatur der Bourgeoisie nur nützen. Herr Brüning wird sich nötigenfalls auf Hindenburg und den 48 Republik, um zum ersten Male in der Geschichte der Weimarer Republik unter Eruch der Verfassung und gegen das Parlament mit diktatorischer Gewalt den Willen des Finanzkapitals durchzusetzen. Für den außerparlamentarischen Kampf aber sind die Sozialfaschisten der Bourgeoisie desto nützlicher, je größeren Einfluß sie haben. Die Helben vom ADGB, die grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft stehen, werden ihr Handwerk der Kampfabwehrung genau so gewissenhaft und eifrig betreiben, ob die Kommandos von einem Kabinett der Großen Koalition oder von einem Bürgerblockkabinett ausgehen. Sie werden ihre Taktik nur insofern ändern, als neben die direkte Verhinderung der Streiks gelegentlich wieder die altbewährte Taktik treten wird: Sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um der Bewegung die Spitze abzubrechen.

Ein solcher „Erholungsurlaub“ für die SPD. ist vom Standpunkt der Bourgeoisie auch deshalb zweckmäßig, damit sie noch einmal bei einer schärferen kritischen Zuspitzung der Situation als „letzte Reserve“ der Bourgeoisie in die Bresche springen kann. Wenn jetzt in der Zeit des beschleunigten und verschärften Überganges zur faschistischen Diktatur die SPD.-Minister hinausgeschmissen wurden, so bedeutet das keineswegs, daß sie nicht in einer späteren Zeit verschärften revolutionären Kampfes wieder herangeholt werden können, um die faschistische Diktatur „sozialistisch“ zu verkleiden.

## Bolschewistischer Kurs auf die Massen!

Wenn Genosse Mezler gegen die Linie der „Roten Fahne“ protestiert, weil sie diesen Bürgerblock als noch reaktionärer bezeichnet im Vergleich zu der vergangenen Koalitionsregierung, dann beweist er damit bloß, daß er den Prozeß der Faschisierung nicht begreift. Diese Bürgerblockregierung ist in wenig identisch mit jener Bürgerblockregierung, die der Regierung Hermann Müller voranging, wie eine kommende Koalitionsregierung nicht eine Wiederholung der Müller-Regierung, sondern eine Verschärfung der faschistischen Entwicklung bedeuten wird.

Die oppositionellen Manöver der SPD. werden wir aber nicht durchkreuzen durch sinnlose Erfindungen über einen freiwilligen Regierungsaustritt der SPD., sondern nur durch die verstärkte Arbeit der selbständigen Führung des Massenkampfes, durch die konsequente Anwendung der revolutionären Einheitsfront von unten, der einzigen Methode zur Lösung der gegenwärtig noch vom Reformismus beeinflussten Arbeiter von den sozialfaschistischen Führern.



# Waldenburger Grubenkatastrophe vor Gericht

Die Kumpels eingeschüchtert — Provokatorische Aussagen des Direktors Benninghoff — Den SPD-Betriebsräten war nichts bekannt

Am zweiten Verhandlungstage wurde das „Gutachten“ des Bergwerksdirektors Benninghoff in die Verhandlung genommen. Eine Reihe Bergarbeiter, die in der Unglücksabteilung gearbeitet haben, macht Aussagen über das fortwährende Ausstreuen der Schlagwetter. Man hat den Eindruck, daß die Kumpels nicht so recht mit der Sprache herauswollen. Schlagwetter von 1 bis 3 Prozent geben sie ohne weiteres zu. Auf Fragen, ob Schlagwetter auch mit größerem Prozenzgehalt beobachtet wurden, geben sie ausweichende (!) Antworten. Offenbar befürchten die Bergarbeiter gemahregelt zu werden, falls sie die Dinge so schildern, wie sie in Wirklichkeit waren.

Es kommt auch das Schicksal der Lampe Nummer 1671 zur Sprache. Diese Lampe sollte zur Prüfung in die Versuchsstrecke in Ferne geschickt werden. Sie wurde aber nicht nach dortin geschickt, sondern wurde nach einiger Zeit „zufällig“ in der Lampenbude „gefunden“.

Bezeichnende Ausführungen macht der als Zeuge auftretende Förderkontrollleur Jigner. Er versucht die Explosion als etwas Außergewöhnliches darzustellen, als ein Ausbruch von Naturgewalten, gegen die es keine Vorbeugungsmaßnahmen gebe. Zur Befristung dieser Behauptung führt er an, daß durch die Explosion nicht einmal die Wagen vom Gleis geworfen wurden.

Eine unerhörte Provokation waren die Aussagen des Nebag-Direktors Benninghoff. Dieser behauptet fälschlich, die Abteilung habe 174 Kubikmeter Luft bekommen, was pro Mann der Belegschaft 4 Kubikmeter ausmachen würde. Das Berggesetz schreibt eine Luftzufuhr von drei Kubikmeter pro Mann vor, ergo sei die Wetterzufuhr nicht bloß genügend, sondern sogar reichlich gewesen. Daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht, ist so bekannt, daß sie nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht. Entschieden ist nicht die Frage, wieviel Luft der Abteilung zugeführt wurde, sondern wieviel bis vor die Arbeitssorte gelangte.

Aus den Aussagen der Gutachter und der Zeugen und Angeklagten a la Benninghoff und Jigner hat man den Eindruck, daß nunmehr eine neue Theorie über die Entstehungsursachen der Katastrophe aufgestellt werden soll, nämlich die, daß es sich nicht um eine Schlagwetterexplosion handelt, die durch eine ausreichende Bewetterung verhindert oder

zumindestens lokalisiert werden konnte, sondern um einen „Gasausbruch“ (!), gegen den kein Kraut gewachsen ist. Gelängt es den Gruben„fachverständigen“, dem Staatsanwalt und dem Gericht die Richtigkeit dieser neuen Theorie weiszumachen, so können die Angeklagten bestimmt mit einem Freispruch rechnen.

In der Nachmittagsverhandlung wurden die Betriebsräte Reich, Wolf und Kitzner vernommen. Reich, der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende, sagt aus, er sei nie in der Unglücksabteilung gewesen und ihm sei nichts von Schlagwettern bekannt geworden. Erst kurze Zeit vor dem Unglück sei er durch die Presse (!) darauf aufmerksam gemacht worden. Wolf sagt aus, ihm seien keine Beschwerden über schlechte Bewetterung der Unglücksabteilung zu Gehör gekommen. Wetter seien in einzelnen (!) Bauen aufgetreten. Kitzner: Vor der Verbesserung der Wetterführung am 1. Juni ist sie schlecht gewesen, danach sind die Wetter nur in einzelnen (!) Bauen aufgetreten.

Es kommt nunmehr auch das Fahrbuch zur Behandlung. Darin hatten die sozialdemokratischen Betriebsräte mehrere Eintragungen über Schlagwetterbefund gemacht. Das Fahrbuch lag im Betriebsratszimmer. Die Betriebsräte hielten es nicht für

Gestern eilte die Nachricht durch das Kohlenrevier, daß im Tiefbauhacht wiederum ein Brand ausgebrochen sei. Die „Arbeiter-Zeitung“ und auch das Organ der oppositionellen Bergarbeiter haben gerade über den Tiefbauhacht viele Artikel geschrieben. Doch was kümmert das die Grubenaktionäre und ihre Lakaien.

Die 17. und 19. Abteilung durften am gestrigen Tage nicht einfahren. Nähere Einzelheiten über den Brand fehlen noch.

Ober-Salzbrunn. Aus der Mieterbewegung. Der Mieterföderation hielt am vergangenen Sonntag im Hotel „Schwert“ seine jährliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kassenberichts fand die Vorstandswahl statt, in welcher der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Hervorzuheben ist, daß im vergangenen Jahre ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war. Der von der Geschäftsstelle Waldenburg erschienene Geschäftsführer hielt einen Vortrag über

## Der Prolet im Betrieb

wartet auf die Sammlisten der Partei



notwendig, die Verwaltung auf die Eintragungen aufmerksam zu machen. Selbst in einer Betriebsratsitzung am 23. Juli, an der auch der Direktor Benninghoff teilnahm, erwähnten diese Arbeiter„vertreter“ mit keiner Silbe die Schlagwetter. Dieser Umstand gibt Benninghoff die Möglichkeit, zumindestens einen Teil der Verantwortung von sich abzumägen zu versuchen. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

## Brand im Tiefbauhacht

Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz und die hierzu in den letzten Jahren ergangenen Forderungsanordnungen. In der hierauf stattgefundenen Aussprache wurde der Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins, daß das Wohnungsamt verschwinden soll, einer scharfen Kritik unterzogen.

## Jah.-Unterbezirkskonferenz

Sonntag, den 13. April, vormittags 9 Uhr, Unterbezirkskonferenz der J.A. in Waldenburg im „Eckstein“. Jeder Funktionär der J.A. muß anwesend sein.

## Achtung, Leipzig-Fahrer

Alle Genossen, die zum Reichsjugendtag nach Leipzig fahren, treffen sich Sonntag, den 13. April, vormittags 9 Uhr, im Jugendheim, Dittersbach.

# F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

**Strehlen**  
Kauft im Central-Kaufhaus Strehlen 12965

Besucht die Vereinigten Lichtspiele 12964

Max Kalke, Ring 25 Bekleidung 12966

Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion Fritz Grundmann, Ring 50 12967

Man kauft gut im Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstraße 1 12968

**Patschkau**  
Brillen - Lieferant aller Krankenkassen Fachmännische Bedienung Optiker PAUL SCHUBERT, Ring 16 Schleiferei mit Motorbetrieb 13215

13216 Brot-, Weiss- und Feinbäckerei ERNST WISCHKE, Frankensteiner Str. 47

Stadt-Apotheke Ring 13 13217

Mehl und Kolonialwaren 13218 ALFRED GIERSIG, Ring 201

Roßschlächtere P. IMMIG Breslauer Str. 108 13219

Paul Neumann 13220 Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren Wäsche, Trikotagen. Einkaufsquelle der Arbeiter

Hausfrauen! Kauft Kolonialwaren, Haus- u. Kleiderstoffe, Schuhe usw. bei EMIL WISTUBA Rosbert Platz 46 13221

**Schweidnitz**  
W. Tömsmann, Grabenstraße 1 Motorräder, Fahrräder, Grammophone Lage von circa 100 Markenrädern Kleiderwagen 13273

**Rothenbach**  
Kauft im Schuhhaus ASSMANN, Hauptstraße 30 13268

A. Koehler, Inh. Paul Rennoch Nr. 24 Feinweb-, Leinwand-, Hemd- und Kuchengüter, Eisenwaren, Leder 13267

**Dittersbach**  
ROCHWALD - DROGERIEN Hauptstraße 62a und 123 13282

**Nieder-Salzbrunn**  
Kolonialwaren, Zigarren, Spirituosen / Robert Hermann Nachflg. Waldenburger Straße 57 13269

**Ohlau**  
Nähmaschinen :: Fahrräder Paul Frost, Breslauer Chausse 3 12980

Ludwig Glegowski Modewaren, Ring 26 12981

Bierverlag und Ausschank Adolf Jawiersch, Ring 12 12982

**ENGEL-DROGERIE**  
Mälzstraße 8 12983

Karl Roszdeutscher, Breslauer Str. 3. Hüte / Mützen / Herrenartikel 12984

G. Lustig, Breslauer Straße 6 Herren- und Knabenbekleidung Herren- und Knabenbekleidung Schuhe / Wäsche / Trikotagen 12985

Feinkosthaus Aug. Unverricht Nachf. Kaffee-Großhandel - Kolonialwaren Grützkauer Straße 1 12986

**Peisterwitz**  
Breslauer Kaufhaus, Inh. P. Schlef Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Inletts Hauptstraße 73 12978

Max Kuhnert Hauptstraße 80 Fleisch 12977 u. Wurstwaren Einkaufsquelle der Arbeiter Reserviert

**KAUFHAUS TONDYGROCH**  
Hauptstraße 89 Die Einkaufsquelle der organisierten Arbeiter 12979

**Friedland**  
Otto Herrmann, Töpferstraße 44 Kurz-, Weiß- und Wollwaren 13213

„RAUTENKRANZ“ das Verkehrslokal der Arbeiter 13212

**Friedland**  
Möbelhaus FRITZ SCHUBERT liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen 13297

Julius Sapper's Nachflg. M. Hartmann, Kolonialwaren, Schuhwaren - Braunschauer Straße 18 12986

Reserviert für Tschexsick 13295

**Kotzenau**  
Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile - Reparaturwerkstatt Alfred Münch, Bahnhofsstraße 7 13283

Kaufhaus Hermann Krause - Manufaktur, Modewaren und Konfektion 13287

**Glogau**  
SCHÖNBORN Preußische Straße 40/41 reinigt färbt plisziert 13286

EMIL WINKLER Lange Straße 21 Kolonial- und Tabakwaren 13285

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei ERICH LINDNER Lange Straße 17 13282

K. Maiwald Mühlstraße 1 Zigaretten 13288 Zigarren, Tabake

Herren- und Knabenbekleid. Adolf Kreutzberger Markt 18 13276

Alfred Jensen Mälzstraße, Ecke Mohrenstraße Damenhüte / Trauerkonfektion 13281

PAUL KURZKE Mälzstraße 41 Schuhwaren aller Art 13280

PIETRKOWSKI Seit 35 Jahren Qualitätswaren immer am billigsten 13279

Reserviert 318 13278

Reserviert 1001 13277

**Waldenburg-Sandberg**  
Sandberger Kaufhaus Inh. August Bolls / Waldenburger Str. 17 13294

Im Kaufhaus W. Rahmer Friedländer Straße 28 kauft man gut und billig 13292

**Waldenburg**  
Möbelhaus Fischer Hermannstraße 40 13288 Neu eröffnet!

**Nied.-Hermsdorf**  
Kauft bei SCHÄFFER, Glückaufstraße 21 13297

£. Rind- und Schweineschlächtere Alex Cybeier, Hüttenstraße 4 13286

IDA ZWIENER / Hauptstraße 29 Mode - Parfümerien - Bettfedern Kein Laden 13285

**Gottesberg**  
ARBEITER kauft eure Kolonialwaren, Zigarren und Spirituosen bei PAUL FEIGE Gottesberg, Grüssauer Straße 4 Filiale Friedland 13471

Obst, Gemüse, Südfrüchte, Molkereiprodukte Rudolf Honcl, Niederstr. 36 13472

GUSTAV STECHOW, Mittelstr. 23 Filiale Fürstensteiner Straße ff. Fleisch- und Wurstwaren 13908

Kunstglaserie und Wirtschaftsartikel Walter Beck, Markt 9 13473

EDUARD GOERSCH Buchbinderei u. Papierhandlung Markt Nr. 16 13474

Verkehrslokal „DEUTSCHE HALLE“ Topfmarkt 13475

£. Roßfleisch und Wurstwaren KARL MARTIN, Filiale Friedland Fürstensteiner Straße 33 13476

Möbel, reell und preiswert G. Thient, Inh. Fr. Franko Fürstensteiner Straße 19 13477

TRINKT MILCH aus der Gottesberger Molkerei Schützenstraße Nr. 12 13456

Gut und billig kaufen Sie in RUFFERS RESTEHAUS Inh. E. Schmidt, Bahnhofstraße 45 13457

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren Fürstensteiner Straße 38 13458

Reserviert 29 13459

**Wüstegiersdorf**  
ERNST TEICHMANN Hauptstraße 1 Kleiderstoffe, Bettwäsche Haus- und Küchenwäsche Trikotagen 13861

WILHELM HAIN, Schloßschmiedmeister Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 9 13901

GOTTHARD GILLERT Hauptstraße 19 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen 13900

GEORG WIESNER / Auenstraße 6 Lebensmittel - Feinkost Landesprodukte 13899

Leinen- und Baumwollwaren kaufen Händler und Private preiswert im Wüstegiersdorfer Leinenhaus E. WUNSCH Eigene Fabrikation 13860

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabak Adolf Stache, Hauptstraße 139 13859

Ältest. Uhrenhaus Ernst Kramer n. Fleisch- und Wurstwaren Hauptstr. 55 Hauptstraße 50 13888

Schuhhaus Eduard Scholz vormals E. Scholz Erben 13870

Paul Scholz, Schlossschmiedmeister Fahrräder, Nähmaschinen und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 77 13865

GASTROF ZUR HOFFNUNG Jeden Sonntag von 8 bis 12 Uhr Betrieb Hauptstraße 91 13864

Brot- und Feinbäckerei Bruno Kinze, Hauptstraße 85 13863

Schützenhaus Kallwasser Beliebtes Ausflugslokal Sonntags Tanz 13858

**Liegnitz**  
Max Futter Ring 9/10 ist billig 13891

Konditorei und Bäckerei Fritz Hocke Reserviert Goldberggr. 26 13893

EUGEN PASSON Inh. Gebrüder Boecker Fleischerei und Wurstfabrik Frauenstraße 50 Telephone 2353 13892

ANTON KUHN Brot- und Feinbäckerei Wilhelmstraße 11 13890

Carl Linko Fleisch- und Wurstwaren Kohlmarkt 7 13889

Genossen! Berücksichtigt unsere Inserenten